



# DER FREIHEITSKÄMPFER

Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

36. JAHRGANG

MÄRZ 1984

NUMMER 1

## Rückblick auf den Februar 1984

Von Vizekanzler a. D. Dr. Fritz Bock

Als wir uns bereits Mitte des vergangenen Jahres mit der Frage befaßten, ob und in welcher Form nach 50 Jahren des Februar 1934 gedacht werden soll, waren wir von Haus aus der Meinung, daß dieses nun ein halbes Jahrhundert hinter uns liegende geschichtliche Ereignis nicht ohne weiteres verschwiegen werden darf. Es ist daher erfreulich, daß sich nicht nur die politischen Parteien, sondern auch die Republik in einer würdigen Feier mit einer Ansprache des Herrn Bundespräsidenten dieser Verpflichtung unterzogen haben.

Wir können schon einen Rückblick auf diese Veranstaltungen halten, denen noch einige, meist wissenschaftlich orientierte Vorträge und Symposien folgen werden. Wenn wir ehrlich sind, ist dieser Rückblick kein unbedingt erfreulicher. Wir alle, die wir Zeitgenossen dieser schrecklichen Tage des Februar 1934 sind, haben erwartet, daß allein das Thema Versöhnung, wie es die ÖVP gewählt hat, auch von der Sozialistischen Partei in den Mittelpunkt ihrer Veranstaltungen gestellt wurde. Wir wurden leider enttäuscht. Sowohl die Ausstellungen der Sozialistischen Partei wie die Schriften und Reden aus diesem Anlaß stellten ausnahmslos das Thema „Schuld“ zur Diskussion. Ein Höhepunkt war die von Alt-Bundeskanzler Dr. Kreisky gemachte Feststellung, daß von einer „geteilten Schuld“ nicht gesprochen werden könne. Er distanzierte sich damit vom Grundsatz einer objektiven Geschichtsbetrachtung, wengleich er selbst meinte, daß seine und seiner Parteifreunde Auffassung natürlich die objektive sei. Es sei ohne weiteres

zugegeben, daß für die Zeitgenossen dieser Ereignisse eine objektive Darstellung der historischen Wahrheit schwierig ist. Wir anerkennen auch das, was Dr. Kreisky einmal gesagt hat, nämlich, daß die Unterlegen in einem Bürgerkrieg sich mit der Aufarbeitung der Geschichte schwerer tun als die anderen. Trotzdem bleibt aber die Pflicht zur Objektivität für alle bestehen.

Was ist die objektive Wahrheit über die Ereignisse des Februar 1934 und der innerpolitischen Entwicklung der Ersten Republik? Es war doch so, daß das, was 1934 geschehen ist, nicht wie ein Blitz aus heilem Himmel kam, sondern das Ergebnis einer Entwicklung war, die bereits in den zwanziger Jahren eingesetzt hat. Die Sozialdemokratie befand sich seit 1920 in Opposition; die politischen Gegensätze wurden auf beiden Seiten durch das Vorhandensein militärischer, recht gut bewaffneter Verbände ständig verstärkt, und der Wille, doch noch zu gemeinsamer Arbeit und Verantwortung zu kommen, nahm laufend ab.

Hiefür trägt die linke Seite ohne Zweifel Verantwortung! Vergessen wir nicht, wie es war. In der politischen Taktik der damaligen Sozialdemokratie spielten die marxistischen Klassenkampfparolen eine enorme Rolle. Der Unternehmer war auf jeden Fall ein Ausbeuter und der Arbeitnehmer immer ein Ausgebeuteter. Die nationalökonomischen Prinzipien der Sozialdemokratie waren auf weitgehende Sozialisierung der Betriebe ausgerichtet. Für Österreich lebensnotwendige internationale Finanztransaktionen wie die Seipelsche Völkerbund-

anleihe von 1922 wurden radikal bekämpft. Dazu kam der maßlose Kulturkampf; alles, was christlich, besonders katholisch, war, wurde wütend bekämpft, und manches andere mehr. Die Sozialdemokraten wurden daher im internationalen Sprachgebrauch als „Austromarxisten“ bezeichnet, was ihre stark links orientierte Politik deutlich beschrieb.

Aber auch das Demokratieverständnis dieser Zeit war ein ganz anderes als das heutige. Heute ist allen Österreichern die demokratisch-parlamentarische Staatsform ein wertvolles Gut, das von niemandem bestritten wird. Damals gab es nicht nur in Kreisen der Christlichsozialen Partei und später des Heimatschutzes Stimmen, die die Demokratie ablehnten, weil sich diese Staatsform in vielen Fällen nicht imstande zeigte, mit den Problemen des Tages fertig zu werden. Selbst der Herr Bundespräsident hat in seiner Ansprache am 11. Februar d. J. im Parlament davon gesprochen, daß der Nationalrat selbst in nicht genügendem Ausmaß für sein Ansehen gesorgt hat. Die Arbeitslosen dieser Zeit waren weitgehend der Meinung, daß die demokratische Staatsform nicht in der Lage wäre, ihnen das tägliche Brot zu sichern und man es daher einmal mit autoritären, ja diktatorischen Staatsformen versuchen sollte.

Es ist auch völlig unwahr, daß etwa in Kreisen des Schutzbundes nur Demokraten gewesen seien. Man lese doch die vielen Reden und Artikel nach, in denen von der anzustrebenden „Herrschaft der Arbeiterklasse“ die Rede gewesen ist! Und im Linzer Parteiprogramm von 1926 war, wenn auch unter Bedingungen, ganz offen von der „Diktatur des Proletariats“ die Rede, obwohl während der ganzen Zwischenkriegszeit die Sozialdemokratie bei allen Nationalratswahlen in der Minderheit blieb, d. h. daß die Mehrheit der

Österreicher keine sozialdemokratische Herrschaft wünschte, ja noch mehr: man hatte echte Angst vor einer solchen Entwicklung!

Trotzdem gab es auch Perioden, in denen ein Konsens zwischen Rechts und Links erreicht werden konnte. Das hervorsteckende Beispiel ist die Verfassungsreform von 1929, die nur mit den Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten beschlossen werden konnte.

Aber allzu rasch wurden die Hoffnungen, insbesondere auf christlichsozialer Seite, enttäuscht, daß es schließlich doch zu einem Ausgleich der politischen Gegensätze kommen könnte. Bekannt ist die Ablehnung des Angebotes von Seipel 1931, mit den Sozialdemokraten eine Konzentrationsregierung zu bilden; ein historischer Irrtum der österreichischen Sozialdemokratie, wie er übrigens heute auch von sozialistischer Seite zugegeben wird. Aber was soll man rückblickend dazu sagen, daß Otto Bauer, auf den vor allem die Radikalisierung der linken Seite zurückging, noch in seiner Rede beim sozialdemokratischen Parteitag im November 1932 ausführte: „Gerade jetzt hat der Gedanke der Einheitsfront des Proletariats mit einer elementaren Gewalt unsere Parteigenossenschaft erfaßt. Das ist gewiß ein richtiger Gedanke. Welches ist der Weg, der zur Einheitsfront des Proletariats führt? Kein Weg zur Einheitsfront des Proletariats sind Einheitsfrontmänner. Es gibt in Wirklichkeit nach meiner festen Überzeugung nur einen Weg zur Einheitsfront des Proletariats im internationalen Maßstab, und das sind direkte Verhandlungen zwischen der Sozialistischen Internationale und der Komintern. Nur von Internationale zu Internationale, nur zwischen Zürich und Moskau kann die Einheitsfront des Proletariats begründet werden. Aber nun müssen wir uns fragen, ob der Augenblick reif ist, daß man mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg, und wenn es nur die kleinste wäre, heute solche Verhandlungen einleiten wollte. Dieser Augenblick ist noch nicht da. Ich bin aber überzeugt, daß dieser Augenblick gegeben sein wird, wenn die Sowjetregierung die Bundesgenossenschaft des gesamten Weltproletariats nicht wird entbehren können und wenn das Weltproletariat in diesem Augenblick seine Pflicht, die Bundesgenossenschaft ohne jeden Vorbehalt zu leisten, auch wirklich erfüllen wird und wenn es der sowjetischen Regierung schließlich doch gelingen wird, die ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen das Sowjetregime ringt, zu überwinden.“ (Zitiert aus Ludwig Reichhold, „Kampf um Österreich“, Seite 395.)

Das waren nur einige historische Rückblicke auf diese Zeit, aus denen

allein schon hervorgeht, daß die Ablehnung einer Schuld auf beiden Seiten der historischen Wahrheit einfach nicht entspricht. Wir hatten nicht die Absicht, bei unseren Veranstaltungen zum 12. Februar 1934 auf alle diese Dinge zu sprechen zu kommen. Wir hätten es gerne der historischen Wissenschaft überlassen, alle diese Punkte und natürlich auch die Fehler auf der rechten Seite emotional herauszuarbeiten. Der Tenor der sozialistischen Veranstaltungen dieses Februars aber zwingt uns, im Sinne einer objektiven Geschichtsforschung neuerlich zu reden. Das ändert nichts an unserer Haltung, unseren Wunsch auf Versöhnung voranzustellen. Schließlich muß auch Österreich einmal seine Vergangenheit bewältigen!

**Anmerkung der Redaktion:** Das Linzer Parteiprogramm der SDAP vom 3. November 1929 enthält die vielzitierten „Verbalradikalisieren“, in Punkt III unter dem Titel „Der Kampf um die Staatsmacht“ heißt es auszugswise:

## KUNSCHAK-Rede vom 9. Februar 1934

Am 9. Februar 1934, um 17.00 Uhr im Semper-Depot Wien 6, Leghassgasse Nr. 6—8, hielt die ÖVP Wien zum Thema „Politik und Versöhnung“ eine Veranstaltung ab, in der die berühmte Rede Leopold Kunschaks im Wiener Gemeinderat vom 9. Februar 1934 — 50 Jahre vorher — vorgelesen wurde. Er unternahm noch in letzter Stunde den Versuch eines Brückenschlages zwischen den feindlichen Lagern und blieb Mahner und Prophet auf einem verlorenen Posten. Auszug: „Als das an Dienstjahren älteste Mitglied des Wiener Gemeinderates und getragen von dem bedingungslosen Vertrauen meiner Freunde im Wiener Gemeinderat, habe ich das Recht und die Pflicht, in dieser Notzeit ein Wort an die Mehrheit in diesem Saale und auch über den Rahmen dieses Saales hinaus zu sprechen.“

Zuletzt ist unser Volk in seiner Seele aufgewühlt durch die Sorgen des Alltags und durch die Fülle tönernder Schlagworte, als daß es nicht ein Gebot der Stunde wäre, alle, alle zur Besinnung zu rufen. Ich bin nicht so töricht zu glauben, daß es jemals zu einer Harmonie der Anschauungen in politischer, kultureller oder wirtschaftlicher Beziehung kommen werde. Es wird immer, solange es Menschen gibt, differente Anschauungen geben und es wird immer so sein, daß einzelnen Menschen oder Gruppen von Gleichgesinnten für ihre Anschauung werben. Es wird daher auch immer Parteien geben, auch dann noch, wenn längst schon der Gleichschaltungsverwahnsinn unserer Zeit in der Geschichte als die Periode des Abglei-

„Die Partei hat nunmehr die Aufgabe, die demokratischen Kampfmittel auszunützen, um die Mehrheit des Volkes unter der Führung der Arbeiterklasse zu sammeln und dadurch die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu stürzen, der Arbeiterklasse die Herrschaft in der demokratischen Republik zu erbarm.“ Und dann folgt die sogenannte „Diktaturpassage“: „Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der Staatsmacht der Arbeiterklasse sein wird, durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen gegenrevolutionären Mächten widersetzen sollte, dann wird die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.“ Die „Bürgerkriegspassage“ lautet: „Wenn es aber der Bourgeoisie gelänge, die Demokratie zu sprengen, dann könnte die Arbeiterklasse die Staatsmacht nur noch im Bürgerkrieg erobern.“

tens der Kultur verzeichnet sein wird. Worum es aber allen ehrlichen Patrioten und Volkstrenden gehen muß, das ist die Beseitigung des Überwachsens und des Erstarrens des Parteigeistes. Der Feind unserer Stadt, unseres Heimatlandes und dessen, in der Geschichte als deutsche Sendung verankerten Eigenlebens, das ist die Entartung deutschen Geistes im Nationalsozialismus. Diesem entgegenzuwirken und positiv aufbauend zu wirken an der Seele unseres Volkes und ihm die wirtschaftlichen Bedingungen des Lebens zu sichern, das ist der Weg, den uns die Stunde zu gehen heißt. Auf diesem Weg gibt es eine Weggemeinschaft, die über viele Gegensätzlichkeiten hinweg auch heterogene Elemente zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen vermag. Wer anderen seine Meinung eventuell auch mit Bruchialgewalt aufzwingen will, der allerdings ist für diesen Dienst am Volke, für diesen heiligen Dienst am Vaterland unbrauchbar. Gebe Gott, daß sich die Zerrissenheit des Geistes und der Seele von unserem Volke und seinen Führern bald hebe, ehe Volk und Land an Gräbern steht und weint.“

Der Abg. Leopold KUNSCHAK, Obmann der Wiener Christlichsozialen Partei und der Christlichen Arbeiterbewegung zu dieser Zeit, hat verantwortungsbewußt in der letzten Sitzung des freigewählten und dann aufgelösten Wiener Gemeinderates vergeblich gemahnt und die Folgen vorausgesehen! Die traurigen Ereignisse des Februar 1934 wären vermeidbar gewesen!

—JW—

# Heizkostenzuschlag

Als Abgeltung für Erhöhungen der Energiekosten erhalten ab 1984 auch NS-Opfer als Bezieher einer Unterhalts- oder Teilunterhaltsrente nach dem OFG diesen sogenannten „Heizkostenzuschlag“ angewiesen. Das Bundesministerium für soziale Verwaltung hat mit Erlaß Zl. 46.385/1-5/83 vom 16. Dezember 1983 betreffend Opferfürsorge, Rentenfürsorge — Nebenleistungen auf Grund anderer Gesetze hiezu ausgeführt und erläutert: „Gemäß Artikel VI Abs. 4 der 39. Novelle zum ASVG, BGBl. Nr. 590/1983, gebührt Personen, die in den Monaten Februar 1984 bzw. November 1984 vom Einkommen abhängige Leistungen nach dem OFG beziehen, eine Abgeltung für Erhöhungen der Energiekosten. Der Abgeltungsbetrag soll in zwei Raten zu 600 S bzw. 400 S in den Monaten Februar bzw. November 1984 angewiesen werden.“

Zur Durchführung dieser Bestimmung wird im einzelnen folgendes bemerkt:

1. Anspruchsberechtigt sind die Bezieher von einkommensabhängigen Leistungen, also Unterhaltsrenten oder Beihilfen. Darunter fallen auch:

- (a) Bezieher von Vorschüssen auf einkommensabhängige Leistungen
- (b) Bezieher von im Wege des Härteausgleiches gewährten einkommensabhängigen Leistungen
- (c) Bezieher von Taschengeld gemäß § 56 Abs. 4 KOVG 1957.

2. Der Abgeltungsbetrag gebührt nicht, wenn der Versorgungsberechtigte seinen Wohnsitz im Ausland hat.

3. Haben beide Ehegatten Anspruch auf eine vom Einkommen abhängige Leistung nach dem OFG, so gebührt der Abgeltungsbetrag nur zur höheren Leistung.

4. Der Abgeltungsbetrag wird von Amts wegen durch die h. Min. Ministerbuchhaltung zu den laufenden Leistungen in den Monaten Februar und November 1984 flüssig gemacht, sonst zugleich mit der Aufnahme der laufenden Zahlung. In diesem Fall wird die Anweisung des Abgeltungsbetrages durch die h. Min. Buchhaltung veranlaßt, die dann auch die Partei über die Durchführung und den Zweck der Anweisung informieren wird.

5. Der Abgeltungsbetrag für Erhöhung der Energiekosten ist eine Leistung aus generis. Er bildet keinen Bestandteil der Unterhaltsrenten bzw. Beihilfen, so daß § 54 KOVG 1957 keine Anwendung findet.

6. Bescheide sind nur im Falle der Ablehnung — und dann nur auf Begeh-

ren des Rentenberechtigten — zu erteilen.

7. Die anspruchsberechtigten Perso-

nen werden im Laufe des Monats Jänner 1984 mittels eines von der EDV ausgefertigten Schreibens von der Zahlung des Abgeltungsbetrages in Kenntnis gesetzt.

Für den Bundesminister:  
gez. Dr. Ernst

## OPFERFÜRSORGEGESETZ

A. Monatliche Versorgungsleistungen und Einkommensgrenzen  
ab 1. Jänner 1984

| 1. OPFER                             |                          |                                      |                          |
|--------------------------------------|--------------------------|--------------------------------------|--------------------------|
| Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) | Opferrente § 11 Abs. 2 S | Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) | Opferrente § 11 Abs. 2 S |
| 30 v. H.                             | 738,—                    | 70 v. H.                             | 2.215,—                  |
| 40 v. H.                             | 1.108,—                  | 80 v. H.                             | 2.954,—                  |
| 50 v. H.                             | 1.477,—                  | 90 und                               |                          |
| 60 v. H.                             | 1.846,—                  | 100 v. H.                            | 3.692,—                  |

**Haftzulage** — § 11 Abs. 2 Z. 2 — ab 65. Lbj. zusätzl. zur Rente: S 346,—

**Alterszulage** — § 11 Abs. 2 KOVG: S 152,—

**Hilfenzulage** — § 11 Abs. 11 — ab 50 v. H. MdE: S 1.927,—

### Erschwerungszulage

§ 11 Abs. 3 KOVG:

#### Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE)

| ab vollendetem | 50 v. H. S | 60 v. H. S | 70 v. H. S | 80 v. H. S | 90/100 v. H. S |
|----------------|------------|------------|------------|------------|----------------|
| 65. Lebensjahr | 165,—      | 276,—      | 333,—      | 443,—      | 554,—          |
| 70. Lebensjahr | 334,—      | 553,—      | 626,—      | 738,—      | 886,—          |
| 75. Lebensjahr | 609,—      | 830,—      | 924,—      | 1.034,—    | 1.145,—        |
| 80. Lebensjahr | 886,—      | 1.108,—    | 1.219,—    | 1.330,—    | 1.440,—        |

**Unterhaltsrente für Opfer** — § 11 Abs. 5, auch Meßbetrag und Einkommensgrenze: Alleinstehende: S 6.579,— Verheiratete bzw. mit Lebensgefährten:

(für ihn sorgend): S 8.283,—

Erhöhung der Einkommensgrenze bzw. des Meßbetrages für Teil-Unterhaltsrente für jedes Kind, für das ein Erziehungsbetrag gebüht: um S 292,—

**Erziehungsbetrag** je Kind — § 11 Abs. 10 — S 584,— gekürzt S 292,— Die nach dem Kriegsopferfürsorgegesetz (KOVG) teilweise zuerkannten weiteren Versorgungsleistungen — **Schwerstbeschädigtenzulage** gemäß § 11a Abs. 4, **Pflege- und Blindenzulage** gemäß § 18 Abs. 4 und 5 und **Blindenführzulage** gemäß § 20 KOVG — sind ebenfalls mit dem **Anpassungsfaktor 1,040** um 4 v. H. erhöht worden.

## 2. HINTERBLIEBENE

**Hinterbliebenenrente** für Witwe,

Witwer, Waisen, Elternrente und

Lebensgef.:

§ 11 Abs. 3 ..... S 1.477,—

**Elternpaarrente** ..... S 1.950,—

**Unterhaltsrente** — § 11 Abs. 5 —

**Beihilfen** — § 11 Abs. 7 ..... S 5.781,—

**Einkommensgrenze/Meßbetrag**

f. U-Rente: ..... S 5.781,—

**Einkommensgrenze/Meßbetrag**

f. Beih.: ..... S 6.768,—

Erhöhung beider Einkommensgrenzen

je waisenrentenberechtigtes

Kind ..... um S 465,—

B. Änderungen im OFG ab 1. Jänner 1984

Die Novelle enthält folgende Änderungen:

1. Die **Mietzinsbeihilfe** von S 30,— monatlich entfällt ab 1. 1. 1984.

2. **Erhöhung der Unterhalts- und Teilunterhaltsrente** um S 30,—, als Ausgleich für die gestrichene Mietzinsbeihilfe.

Während die Mietzinsbeihilfe nur 12mal jährlich zufließt, wird die Unterhalts- bzw. Teilunterhaltsrente 14mal jährlich gewährt.

3. **Heizkostenzuschlag** für alle Bezieher von U-Renten:

Erstmals im Jahre 1984 kommt dieser im Februar mit S 600,— und im November mit S 400,— zur Auszahlung.

## 3. SONSTIGE LEISTUNGEN

**Hilflosenzulage** — § 11 Abs. 12 —

einfach ..... S 2.194,—

doppelt ..... S 4.388,—

**Diätzuschuß** — §§ 14 u. 46b KOVG —

niedrigste Stufe ..... S 229,—

mittlere Stufe ..... S 463,—

höchste Stufe ..... S 693,—

**Sterbegeld** — § 12a —

Höchstausschlag ..... S 8.611,—

mindestens ..... S 5.164,—

annehmenbar höchst ..... S 3.447,—

Fortsetzung von Seite 3

C. Ausgleichstaxfonds im Sozialministerium  
Ab 1. Jänner 1984 gelten folgende Einkommensgrenzen:

1. Für Aushilfen (generelle Beschlässe der OF-Kommission):
- |                          |          |
|--------------------------|----------|
|                          | S        |
| Einzelpersonen           | 7.500,—  |
| Ehepaare                 | 11.000,— |
| Erhöhungsbeitrag je Kind | 2.500,—  |
2. Für Leistungen der Heilfürsorge:
- |                                  |          |
|----------------------------------|----------|
| Einzelpersonen                   | 13.158,— |
| Ehepaare                         | 18.566,— |
| Erhöhungsbeitrag je Kind         | 2.700,—  |
| Zuschuß für Kur- bzw. Erholungs- |          |

- |                        |         |
|------------------------|---------|
| aufenthalt pro Tag     | 218,—   |
| Zuschuß für Zahnkronen | 1.072,— |
3. Für Unterstützung wegen Spitalsaufenthalt:
- |                          |          |
|--------------------------|----------|
| Einzelpersonen           | 11.938,— |
| Ehepaare                 | 15.044,— |
| Erhöhungsbeitrag je Kind | 2.507,—  |
- Diese Unterstützung für Spitalsaufenthalt bei einer Mindestdauer von 15 Tagen (bisher 18 Tage) in der Höhe von S 2.500,— wird jedoch nur einmal pro Kalenderjahr gewährt!

**Bemerkung:** Alle Anträge auf Leistungen aus dem Ausgleichstaxfonds (ATF) mögen über unsere Bundesleitung eingereicht werden, die in der Opferfürsorgekommission (DFK) vertreten ist und über die Formalerfordernisse beraten kann. Auch Anträge auf Darlehen sind möglich! Hierfür gelten wieder eigene Einkommensgrenzen (S 12.000,—/S 18.000,—/S 5.000,—). Im Härteausgleich können auch **Bestattungskostenbeiträge** gewährt werden, wobei die Einkommensgrenze wie für eine Unterstützung wegen Spitalsaufenthalt gilt!

## ASVG-Pensionen ab 1. 1. und 1. 4. 1984

**Ruhe von Pensionen** (§ 94 ASVG)  
Für das Ruhen der Pensionen gelten ab 1. Jänner 1984 als Grenzbeträge S 5959,— und S 10.247,—.

Der Pensionsanspruch ruht demnach nur insoweit, als das monatliche Erwerbseinkommen S 5959,— übersteigt. Die Pension ruht aber höch-

stens mit dem Betrag, um den Pensions- und Erwerbseinkommen zusammen S 10.247,— übersteigen. Für jedes beihilfenberechtigte Kind sind S 1534,— vom Erwerbseinkommen abzusetzen. Das Ruhen erfaßt nur den Grundbetrag, einen allfälligen Grundbetragszuschlag, nicht jedoch die Steigerungsbeträge.

Ab 1. April 1984 gelten als Grenzbeträge S 3200,— und S 7000,—.

### Witwen/Witwerpensionen

Die Grenzbeträge von S 5959,— und S 10.247,— bleiben auch ab 1. April 1984 bestehen.

Desgleichen für die **Invalideits(Berufsunfähigkeits)pensionen**, wenn das Erwerbseinkommen aus einer Erwerbstätigkeit erzielt wird, zu deren Ausübung der Versicherte durch Maßnahmen der Rehabilitation befähigt wurde oder auf Grund deren der Versicherte, ohne daß ihm Maßnahmen der Rehabilitation gewährt worden sind, während des Anspruchs auf diese Pension mindestens 36 Beitragsmonate der Pflichtversicherung erworben hat.

### Mehrpensionen (z. B. Witwen- und Alterspension)

Die Pensionsbeiträge sind zusammen-

## Spitzenklasse-

Die Mehrbereichsöle Aral Super LL und Aral Super Elastic präsentieren sich als die Spitzenmotoröle für den Motor Ihres Wagens. Das Leichtlauf-Motoröl Aral Super LL verringert zusätzlich durch seine spezifischen Leichtlauf-eigenschaften die Reibungsverluste im Motor und hilft damit Benzin sparen – für mehr Kilometer.

Aral Motoröle für alle Jahreszeiten und für ein langes Motorleben. Die Qualitätsmotoröle von Aral führen zur Tankstellen und viele Kfz-Werkstätten.

„MARTHA“ ERDÖL GESELLSCHAFT M.B.H.

zuzählen und es gelten ab 1. April 1984 als Grenzbeiträge S 3200,— und S 7000,—.

### Frühpension

Bei vorzeitiger Alterspension (Frühpension bei Frauen ab dem 55. Lebensjahr und bei Männern ab dem 60. Lebensjahr) darf ab 1. Jänner 1984 kein versicherungspflichtiges Er-

werbseinkommen daneben bezogen werden. Die Geringfügigkeitsgrenze beträgt S 2189,—; diesen Betrag übersteigende Einkommen führen zum Wegfall der vorzeitigen Alterspension. Analoge Ruhebestimmungen wie im ASVG gelten auch in den Pensionsversicherungen der gewerblich Selbstständigen (GSVG) und der Bauern (BSVG).

## Amtsbescheinigung und Opferausweis — Bevorzugte Behandlung bei den Ämtern

Gemäß § 4 Absatz 2 Opferfürsorgegesetz (OFG) sind alle öffentlichen Ämter und Stellen verpflichtet, den eine Amtsbescheinigung vorweisenden Inhaber bevorzugt vor allen Parteien vorzulassen, sein jeweils gestelltes Ansuchen im Sinne der Bestimmungen des Opferfürsorgegesetzes in jeder Weise im Rahmen der bezüglichen Vorschriften weitgehend zu fördern und begünstigt und beschleunigt zu behandeln. § 4 Absatz 4 OFG empfiehlt den öffentlichen Ämtern und Stellen, die Ansuchen der Inhaber eines Opferausweis-

ses weitgehend bevorzugt zu behandeln. Aus gegebenem Anlaß hat das Bundesministerium für Finanzen in einem Erlaß die Finanzlandesdirektionen und Finanzämter an die bevorzugte Behandlung der Inhaber von Amtsbescheinigungen erinnert.

Diese gesetzliche Verpflichtung bzw. Empfehlung gilt natürlich auch für die Bundesministerien, die Ämter der Landesregierungen und die Bezirkshauptmannschaften, sie bedarf eventuell einer periodischen Erinnerung!

## W. Hofrat Dr. Ludwig MOHR gestorben



W. Hofrat Dr. Ludwig Mohr, der langjährige Obmann der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten Niederösterreichs, verstarb in der Nacht vom 7. auf den 8. Dezember 1983 im 85. Lebensjahr.

Am 20. August 1899 in Wien geboren, verbrachte er seine Jugend- und Studienzeit in Wien, leistete in der Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 28. Februar 1919 Wehrdienst und war nach Absolvierung der rechts- und staatswissenschaftlichen Studien im Sommersemester 1923 beim Bezirksgericht Schwechat als Rechtsanwaltsanwärter tätig. Am 1. Juni 1924 trat er in den Dienst der burgenländischen Landesregierung, die damals ihren Sitz in Sauerbrunn hatte, ein. Er war vorerst bei verschiedenen Abteilungen der Landesregierung und später bei einigen Bezirkshauptmannschaften, so 1925 an der BH Oberpullendorf und

1926 an der BH Jennersdorf tätig. Am 26. und 27. August 1926 unterzog er sich der praktischen Prüfung für die politische Geschäftsführung und wurde am 17. Juni 1927 an der Universität Graz zum Doktor iuris promoviert. Im Dezember 1927 wurde er in die burgenländische Landesregierung berufen und wurde Sekretär und engster Mitarbeiter der Landeshauptleute Schreiner und Tullner. Im Juni 1927 beendete er das Junggelehenleben mit der Verheiratung. Er fand in Frau Margarete eine Gefährtin, die mit ihm Freud und Leid teilte. 1962 ist sie ihm im Tode vorausgegangen.

Von 1930 bis 1936 war er auf Grund seiner juristischen Kenntnisse und Fähigkeiten als Direktor-Stellvertreter in der Landwirtschaftskrankenkasse für das Burgenland tätig. Mit 1. Februar 1936 wurde er in den Personalstand der burgenländischen Landesbeamten übernommen und vom damaligen Landeshauptmann Ing. Sylvester als Präsidialchef in die burgenländische Landesregierung geholt.

Hofrat Dr. Mohr war zeit seines Lebens eine starke Persönlichkeit, geprägt von einer hohen Intelligenz und sittlichen Werten. So fand er schon in seinen jungen Jahren als Student und Hochschüler den Weg zu den katholischen Studentenverbindungen und wurde Mitglied der K. O. H. V. Rugia, einer CV-Verbindung in Wien, der er bis zu seinem Tode angehörte.

In Österreichs schwerster Zeit finden wir ihn als Kämpfer und Wahrer echten

Österreichertums. Es war daher selbstverständlich und zu erwarten, daß er in den Märztagen 1938 mit seinem Landeshauptmann als einer der ersten von seiner Funktion als Präsidialvorstand entbunden und von den Nationalsozialisten verhaftet wurde. Vom 11. 3. 1938 bis 24. 5. 1938 wurde er zunächst in Eisenstadt in Gewahrsam gehalten und anschließend in das Konzentrationslager Dachau gebracht, von dem er am 18. 2. 1939 zu Verhören nach Wien in Polizeihaft überstellt wurde. Nach Abschluß der Verhöre in Wien kam er am 9. 10. 1939 abermals in ein Konzentrationslager, diesmal nach Buchenwald. In der Zwischenzeit wurde er auf Grund der Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtenwesens mit 20. September 1938 als Landesbeamter entlassen. Seiner Familie wurde ein Unterhaltsbeitrag bewilligt, der aber mit 31. März 1941 eingestellt wurde. Nach seiner Entlassung aus dem KZ Buchenwald am 12. November 1940 mußte sich Dr. Mohr den Lebensunterhalt für seine Familie und sich in der Privatwirtschaft suchen. Vom 23. 12. 1940 bis 30. 3. 1945 war er als kaufmännischer Angestellter bei der Hoch- und Tiefbaunternehmung Lang und Marhofer in Wiener Neustadt beschäftigt. Seine Aufgabe war die Personalarbeit, vor allem der Ausländer.

Am 14. 5. 1945 wurde Dr. Mohr vom damaligen Landesamtsdirektor von Niederösterreich, Hofrat Dr. Vanura, zum provisorischen Leiter der BH Wiener Neustadt-Land bestellt und mit 3. 7. 1946 zum definitiven Bezirkshauptmann ernannt. Mit 1. 1. 1947 erfolgte seine Ernennung zum „wirklichen Hofrat der Nö. Landesregierung“. Bis zu seiner Pensionierung am 31. 12. 1964 lebte und verarbeitete er mit viel Geschick und Erfahrung die umfassenden Belange dieses großen Bezirkes mit einer vielschichtigen Bevölkerungsstruktur. Die Fähigkeit, mit Menschen zu verhandeln, ausgleichend zu wirken, ist wohl eine jener Eigenschaften, die einen Verwaltungsbeamten, insbesondere einen Bezirkshauptmann, auszeichnen sollen. Er steht zwischen Staat und Bevölkerung, ist also Mittler zwischen starrtem Gesetz und pulsierendem Leben. Hofrat Dr. Mohr besaß alle diese Eigenschaften in reichem Maße und hatte sie mit Gerechtigkeit und Takt zum Wohle der Bevölkerung seines Bezirkes und zur vollsten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten ausgeübt.

Für seine langjährige und erfolgreiche Tätigkeit als Bezirkshauptmann wurde er im Jahre 1965 mit dem „Großen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich“ ausgezeichnet. Im Jahre 1967 erhielt er als Bezirksspitzenleiter des Roten Kreuzes das „Gol-

dene Verdienstzeichen des Roten Kreuzes" und im Jahre 1960 das Silberne Komturkreuz für Verdienste um das Land Niederösterreich.

Nach der Wiederaufnahme seiner beruflichen Tätigkeit im Jahre 1948 suchte er als ehemaliger politischer Verfolgter schon frühzeitig Kontakt mit den Verfolgtenverbänden und wurde Mitglied der ÖVP-Kameradschaft, der er als Funktionär seine juristischen Kenntnisse zur Verfügung stellte. Hofrat Dr. Mohr war im Rahmen der ÖVP-Kameradschaft vor allem ein Anwalt der Anliegen der öffentlich Bediensteten. Er war maßgeblich am Entstehen des Beamtenschadensgesetzes beteiligt und war der Verfasser einer Reihe von Gesetzesvorschlägen und Forderungen, die zum großen Teil realisiert wurden. Als ehemaliger Häftling zweier Konzentrationslager und politischer Gemaßregelter kannte er die politischen, menschlichen und rechtlichen Probleme der politisch Verfolgten aus eigenem Erleben und war im Rahmen der ÖVP-Kameradschaft immer der berufene Sprecher für ihre Anliegen.

Nach dem Tode des Landesobmannes NRAbg. Josef Rupp und seines Stellvertreters Fritz Hinterrdorfer im Jahre 1962 wurde Hofrat Mohr einstimmig zum Obmann des Landesverbandes Niederösterreich der ÖVP-Kameradschaft gewählt, dessen Mitglied er schon Jahre vorher war. Als Landesobmann war er bis zu seinem Tode unermüdlich tätig.

Die ÖVP-Kameradschaft hat Hofrat Dr. Mohr in Anbetracht seiner großen Verdienste, vor allem um die politisch Verfolgten und Naziopter, im Jahre 1969 den Ehrenring verliehen. Unter dem Bundesobmann Abg. Hans Lein-kauf, dessen Stellvertreter er seit 10. 6. 1965 bis zu dessen Tode am 5. 12. 1974 war, erhielt er im Jahre 1974 den Ehrenwinkel der ÖVP-Kameradschaft. Als eine besondere Ehrung betrachtete er die Verleihung des Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs durch den Herrn Bundespräsidenten.

Der Bundesobmann der ÖVP-Kameradschaft, Reg.-Rat Franz PERNAUER, nahm bei der Beisetzung am 19. 12. 1983 namens der ÖVP-Kameradschaft von Dr. Mohr Abschied. Er würdigte sein Wirken und stellte fest, daß Dr. Mohr, getragen von der Liebe zu seiner Heimat, sein ganzes Leben in den Dienst Österreichs und der Allgemeinheit stellte, insbesondere aber in den Dienst der ÖVP-Kameradschaft. Wörtlich führte Reg.-Rat Pernaue so-dann aus:

„Lieber Kamerad Hofrat Dr. Mohr! Die ÖVP-Kameradschaft hat durch Deinen unerwarteten Tod einen unersetzlichen Verlust erlitten. In Deiner unermüdlichen Sorge für alle von uns

im Landesverband Niederösterreich hast Du Dir niemals Ruhe vergönnt und nicht die geringste Rücksicht auf Deine eigene Gesundheit genommen. Immer wieder hast Du neue Pläne ausgearbeitet und alle Jahre im Frühjahr und im Herbst uns durch gemeinsame Erlebnisse bei vielen Veranstaltungen und bei Fahrten zu den Gedenkstätten für die NS-Opfer oder zu den Kunstdenkmälen unserer schönen Heimat und verschiedenen Ausstellungen eine innig verbundene Gemeinschaft werden lassen.

In den verschiedensten Kommissionen und Kuratorien, unter anderem auch im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, bist

Du auch mit Persönlichkeiten anderer Weltanschauungen ständig in Kontakt gestanden und hast überall und bei allen Verhandlungspartnern Verständnis für Deine Weltanschauung und viele Freunde gefunden.

In der gesamten ÖVP-Kameradschaft warst Du uns in juristischen Angelegenheiten unser Berater und Helfer. Nimm unseren innigsten Dank für alle Deine Sorge und Mühe um die NS-Opfer noch am offenen Grabe entgegen und sei versichert, daß wir Deine Arbeit in der ÖVP-Kameradschaft in Deinem Geiste weiterführen und Dich nie vergessen werden. Ruhe in Frieden.“

F. P.

## Unser Kamerad Altlandeshauptmann DDr. Heinrich Gleißner gestorben



Am 18. Jänner 1984, im 91. Lebensjahr, ist DDr. Heinrich Gleißner an den Folgen einer Lungenerkrankung verstorben. Der Verstorbene war vom 25. bis 27. Jänner 1984 im Landhaus Linz in der Minoritenkirche aufgebahrt. Die Aussegnung und das feierliche Requiem erfolgten am 28. Jänner 1984 im Linzer Dom. Anschließend wurde der Tote in den Sankt-Barbara-Friedhof überführt und dort beigesetzt.

Am 26. Jänner 1893 wurde Heinrich Gleißner als Sohn eines Werkmeisters in Linz geboren. Sein Mittelschulstudium mußte er durch Nachhilfestunden ermöglichen und bestand die Matura mit Auszeichnung. Das Hochschulstudium begann er an der Karl-Universität in Prag. Er unterbrach es und rückte im Ersten Weltkrieg zu den Kaiser-schützen ein. Er machte die Feldzüge in Rußland und Italien mit und wurde als Oberleutnant mit der großen goldenen Tapferkeitsmedaille für Offiziere ausgezeichnet. Beim Kriegeinsatz geriet er in italienische Gefangenschaft, aus der er 1919 heimkehrte. Er setzte sein Studium in Innsbruck fort und promovierte bereits 1920 zum Doktor der Rechte.

Er wurde Konzeptsbeamter der oberösterreichischen Landesregierung, 1927 Leiter der od. Warenvermittlung und 1932 Kammeramtsdirektor der neuerrichteten Landwirtschaftskammer. Er heiratete und seiner Ehe entsprossen vier Kinder. 1933 wurde er Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft und am 1. März 1934 Landeshauptmann von Oberösterreich. Er war einer von jenen österreichischen Politikern im Ständestaat, die eindringlich vor der Gefahr des Nationalsozialismus warnten.

Beim Einmarsch der Deutschen Wehrmacht im März 1938 und dem einsetzenden Naziterror gegen die österreichischen Patrioten begann sein Leiden. Er wurde am 15. März 1938 von der Gestapo verhaftet und am 24. Mai 1938 in das KZ Dachau eingeliefert. Auf dem Transport dorthin erlitt er von der SS-Begleitmannschaft unbeschreibliche Mißhandlungen. Am 17. Juni 1939 wurde er vorübergehend freigelassen.

Am 1. Oktober 1939 wurde er bereits wieder inhaftiert und ging am 5. Oktober mit einem Transport in das KZ Buchenwald. Nach seiner Freilassung am 31. Dezember 1939 wurde er „konfiziert“ und erhielt Gauerbo. Als Verfechter wurde er in ein Berliner Industrieunternehmen dienstverpflichtet. Im April 1945 gelang ihm die Rückkehr nach Linz zu seiner Familie. Er wurde Landwirtschaftsreferent in der provisorischen Beamteneinrichtung in Linz und im Oktober 1945 wieder zum Landeshauptmann bestellt. Nach den freien Landtagswahlen wurde er am 13. Dezember vom Landtag einstimmig zum Landeshauptmann gewählt und in seiner Funktion bestätigt. Es begann der Wiederaufbau Österreichs und des Bundeslandes Oberösterreich als seine eigene Wirkungsstätte. Dank seinem erfolgreichen Be-

mühen vereinte er alle demokratischen Kräfte zur gedeihlichen Zusammenarbeit „in einem guten politischen Klima“. Sein Lebensmotto war schon immer: „Mit der geballten Faust kann man nicht Hände schütteln!“ Zehn Jahre Besatzung Österreichs durch Truppen der USA und der Sowjetunion waren zu ertragen und eine drohende Teilung dieses Bundeslandes abzuwehren.

Als Kandidat der ÖVP bei der Bundespräsidentenwahl 1961 unterlag er erst im zweiten Wahlgang dem Gegenkandidaten der SPÖ, dem Wiener Bürgermeister Dr. h. c. Theodor Körner. Am 2. Mai 1971 trat Gleißner als Landeshauptmann zurück. Für seinen fast dreißigjährigen Einsatz als Landeshauptmann erhielt er den Ehrentitel „Landesvater“ verdient zugesprochen.

Für uns in der ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten, die auch die KZ und Gefängnisse der Nazis erleiden mußten, war er nicht nur Landesvater, sondern auch immer der wirkliche Kamerad. Er schuf schon im Jahre 1945 die „Opferinteressenvertretung“ beim Amt der öö. Landesregierung und half vielen NS-Opfern in Notsituationen. Unser Dank und unser Gedenken sind dem toten Kameraden sicher!

## Märtyrer Otto NEURURER — Seligsprechungsprozeß

Pfarrer Otto NEURURER in Götzens/Tirol heiratete 1939 ein Mädchen mit Erfolg von der Heirat mit einem geschiedenen und glaubenslosen SA-Mann ab, der den Pfarrer deshalb anzeigte. NEURURER wurde wegen der „Verhinderung einer deutschen Ehe“ von der Gestapo festgenommen und in das KZ Dachau eingeliefert, später in das KZ Buchenwald bei Weimar/Thüringen überstellt.

Auch im KZ war Pfarrer NEURURER als Seelsorger unter seinen Mitgefangenen tätig. Dafür kam er in Einzelhaft und wurde schließlich durch Aufhängen an den Fußgelenken mehr als 30 Stunden gefoltert, bis ihn der Tod erlöste. Eine Gedenktafel an der Pfarrkirche Götzens erinnert an den „in heldenmütiger Erfüllung seiner Seelsorgerpflicht als Märtyrer im KZ Buchenwald“ am 30. Mai 1940 Verstorbenen. In der Stiftskirche Stams im Inntal (Tirol) ist auch sein Name als Opfer der

Kirche während der NS-Herrschaft auf einer Gedenktafel verewigt, als einer von denen, „die das Tier und sein Bild nicht angebetet haben“. NEURURER wurde am 15. März 1882 als zwölftes und jüngstes Kind eines Bauern und Möllers in Piller bei Fließ, Bezirk Landeck/Tirol, geboren, studierte in Brixen/Südtirol und wurde dort 1907 zum Priester geweiht. Sein 100. Geburtstag wurde 1982 vom Innsbrucker Bischof entsprechend gewürdigt, der mit Zustimmung der österreichischen Bischofskonferenz das Gesuch an den Papst um die Einleitung eines Seligsprechungsverfahrens richtete. Die zuständigen römischen Stellen stellten fest, daß diesem Prozeß „nichts im Wege stehe (nihil obstat)“ und der Seligsprechungsprozeß wird nun eröffnet. Eine verdiente und würdige Anerkennung des unbeugsamen und heldenmütigen Tiroler Märtyrer-Pfarrers auch nach dem kanonischen Recht!

### Chemische Fabrik HARD

**DR. G. EBERLE**

HILFSMITTEL FÜR  
TEXTIL- UND  
LEDERINDUSTRIE

6901 Bregenz/Vorarlberg

Römerstraße 9, Telefon (055 74) 2 20 26



FABRIK ELEKTROTECHNISCHER  
APPARATE



...DIE BANK  
FÜR SIE!

Österreichisches Credit-Institut,  
Aktiengesellschaft

Zentrale, Wien I, Herrengasse 12  
Zweigstellen in Wien und Zweigniederlassungen  
in den Bundesländern

**Friedrich Wolf**  
KOMM.-GES.

Wien 14, Lützowgasse 3—5

Telefon 94 41 07 und 94 41 08

Franz Hauf

## Macht durch positives Denken

Ein altes Sprichwort besagt: „Gott hat einen Plan für jeden, und ER hat auch einen für dich.“

Dieses Sprichwort kann auch auf andere Bereiche ausgedehnt werden, man kann es auf die gesamte gegenwärtige Weltpolitik ausdehnen.

Positives, richtiges Denken soll nicht nur in der Weltpolitik, in den verschiedensten Parteigremien eine gewichtige Rolle spielen, sondern auch im menschlichen Leben seine besondere Bedeutung finden.

Wenn einwandfreies, logisches und positives Denken bei den Staatführungen angewendet, wenn grundlegende Formen nicht deformiert oder ins Gegenteil umgewandelt worden wären, würden wir uns heute nicht in einem Hexenkessel befinden.

Eine **Bewußtseinsänderung** in der Parteihierarchie und eine Neuorientierung in der Weltpolitik könnte neue Wege aufzeigen und auch für Österreich neue Erkenntnisse erbringen.

Vom psychologischen Standpunkt, der Historik unserer Geschichte und auch aus **menschlichen Vernunftgründen** wäre diese Umstellung das Nonplus ultra in der gesamten wirtschaftlichen und politischen Struktur-entwicklung unserer Tage. Vergessen wir nicht, die Gedanken, die die Politiker entwickeln und auch durchsetzen, oder versuchen sie durchzusetzen, sind eine Macht für sich und wir können diese nicht durchbrechen, obwohl wir wissen, daß sie für uns kein Positivum erbringen.

Die Änderung oder Umstellung dieser ungenutzten Gedanken — sprich Programme — müßte auf eine andere Ebene umgewandelt werden, auf eine Ebene des Verstandes und der Logik, um den Menschen zu helfen und zu dienen.

Der Mensch, der Politiker und der Staatführer von heute könnte zu mehr Macht und Ansehen kommen, wenn er sich durch **positives Denken** mit dem Gedankengut der Gesamtheit der Menschen vertraut machen würde. Wir alle kennen dieses Gedankengut: man kann es mit wenigen Worten klar zum Ausdruck bringen — Nie wieder Krieg, Freiheit und Frieden —!

Nicht, was der eine oder andere denkt oder glaubt ist maßgebend, sondern was hunderte Millionen Menschen denken und glauben ist ausschlaggebend. Wir müssen daher zwischen dieser Macht und jener Macht unterscheiden — die eine dient zur Vernichtung der Menschheit, die andere zum Wohle dieser. Wie es heute den Anschein hat, ist wohl die erste Definition naheliegend. Die Menschen haben diese begriffen und wollen dazu beitragen —

sei es durch Friedensmärsche oder Demonstrationen —, aus dieser **UNWELT eine Welt des Friedens, der Freiheit und des gegenseitigen Vertrauens zu machen.**

Sie wissen auch, daß sich täglich das politische Klima verschlechtert, solange, bis der Kulminationspunkt erreicht ist.

Wenn dieser Höhepunkt eingetroffen ist, dann ergibt sich die berechnete Frage, wie schaut diese unsere Welt danach aus?

Erlassen Sie mir bitte weitere Spekulationen und Meinungen über die Wirkungen und Nachwirkungen eines Atomkrieges, **die schließendlich doch nicht eintreten, weil die Vernunft bei den Staatsmännern einen Sieg ohne Waffengang erreicht haben könnte.**

## U-Haft 1940

Als 17-jähriger politischer Untersuchungshäftling im Wiener Landesgericht I, Zelle E 241, durfte ich alle 14 Tage einen Brief hinaussenden. Wegen der Zensur durch den Untersuchungsrichter war der Briefinhalt natürlich sehr allgemein gehalten und enthielt nichts über den damals strafwürdigen Sachverhalt. Einen solchen Brief aus der Haft, am 1. Juni 1940 an meine älteste Schwester adressiert, fand ich nun auf. Daraus konnte ich einige verblaßte Erinnerungen über unsere Häftlingskost und meine Beschäftigung in der Einzelzelle aufzeichnen und sie im Original wiedergeben:

„Die Kost hier ist glänzend! Fleischlaberl, Erdäpfelpüree, Grenadiermarsch, dabei alles gut zubereitet! Schade, daß es halt so wenig ist. Hier schütten sie wenigstens kein Wasser in die Zuspelse, damit es mehr wird. (Anmerkung: verglichen mit der dünnen Häftlingskost im Polizeigefangenenhaus Robauerlandl!) Meistens feste Zuspelsen, viermal in der Woche ein Stückchen Fleisch! Es ist schon zum Aushalten!

Auch kann man sich ausspeisen lassen: Blutwurst (70 Rpf), Zwieback

Ein Krieg mit geistigen Waffen kann durchaus zum Sieg für alle Beteiligten führen, wenn die gegenseitige Vertrauensbereitschaft und das **echte Wollen** für einen **wirklichen Frieden** vorhanden ist.

Diese Gespräche sollten schleunigst zu Abrüstungen führen und die Vernichtung des Kriegspotentials beinhalten, denn eine Depotlagerung wäre keine Sicherheitsgarantie für später.

Wenn man alle negativen Kräfte ausschaltet und in **positives Denken** umwandelt, entsteht ebenfalls eine Macht, die weit höher steht, als jede Politik samt ihren zweifelhaften Doktrinen.

Glauben und Hoffnung beseelt uns bei den Gedanken, daß eine Völkerverständigung die gegenwärtige Situation zum Wohle aller Menschen, die an das GUTE glauben, ändern könnte.

(20 Rpf), Bunkerkeks (20 Rpf), Rettich (15 Rpf), Senf, Essiggurken, Gemüsesalat (25 Rpf), Gabelbissen (25 Rpf). Natürlich nur einmal in der Woche! Wenn man Geld hat, kommt man schon durch.

Jetzt bekommen wir noch Arbeit in die Zelle: Sicherheitsnadeln dutzendweise zusammenstecken. So vergeht auch die Zeit. Bücher aus der Bibliothek kriegen wir auch! Angst braucht um mich niemand zu haben, ich halte es schon aus. Lang kann es ja nicht mehr dauern.“

So idyllische Schilderungen der politischen U-Haft passierten die Zensur ohne Streichungen und sollten auch die besorgten Angehörigen erreichen und etwas beruhigen. Andere Inhalte und Mitteilungen über den Untersuchungsstand wies die Kassiber („Gäseberlin“) an miteinsitzende Komplizen oder an die Angehörigen draußen auf. Auf raffinierten Wegen konnten solche Kassiber über entlassene Häftlinge („Losgeher“), über die Hausarbeiter („Facia“) und auch manchmal über die Aufseher („Kas und Silberkas“) geschmuggelt werden, kamen aber nicht verlässlich weiter und doch.

Dr. Josef Windisch

## Komm.-Rat Hans Heinz APENZELLER — Ehrung als Pionier des Flugwesens

Im Magazin „Wirtschaftsreport“, herausgegeben von der Landesgruppe Wien des Österreichischen Wirtschaftsverbundes, wird über unseren Kameraden Kommerzialrat Hans Heinz APENZELLER berichtet, der anlässlich seines 65. Geburtstages geehrt wurde

und als Pionier des Flugzeugwesens in Österreich die Große Silberne Ehrenmedaille für außerordentliche Verdienste für die Wiener Handelskammer verliehen bekam.

Kamerad Heinz APENZELLER ist der letzte lebende, private Gründungsak-

tionär der Austria Airlines, ein Mitunterzeichner des Gesellschaftsvertrages am 30. September 1957. Am 31. März 1958 wurde der AUA-Flugbetrieb vorerst mit vier angemieteten Flugzeugen im Linienflug Wien — London aufgenommen. Schon 1960 konnten sechs eigene Flugzeuge angeschafft werden, der Flugzeugbestand später ständig vermehrt und der Linienbetrieb immer ausgeweitet werden. Unter der tatkräftigen Mitwirkung von Komm.-Rat APENZELLER erhielten die VEW und andere österreichische Unternehmen viele Lieferaufträge mit hohen Werten.

Der ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten, Landesverband Wien, gehört Kamerad APENZELLER seit der Gründung an, nimmt an den Veranstaltungen regen Anteil und ist für uns als ein bewährter und verlässlicher Kamerad immer wieder tatkräftig eingesprungen.

Seine vaterländische Gesinnung und sein aktiver Widerstand in der Gruppe um Oberstleutnant Dr. BLUMENTHAL in der Großösterreichischen Freiheitsbewegung gegen die NS-Machthaber führten zu mehrmaligen Inhaftierungen, die ihn aber nicht beugen oder gar brechen konnten.

Vom 13. 3. bis 27. 5. 1938 und vom 2. 9. bis 29. 9. 1938 war er Gestapohäftling in Wien. Am 18. 3. 1942 wurde er neuerlich verhaftet, ins KZ Mauthausen eingeliefert und ins Nebenlager St. Egyd abgestellt. Am 5. 5. 1945 erliefte er als Todeskandidat im Hauptlager Mauthausen die Befreiung durch die US-Armee.

Als aktiver Sportler in seiner Jugend vor 1938, als Schwerverfolger in der NS-Zeit, beim Wiederaufbau Österreichs ab 1945 und bis zur Gegenwart war Kamerad Heinz APENZELLER immer hochaktiv für unser Österreich und der Ehrungen hierfür besonders würdig! Seine Schaffenskraft möge ihm noch sehr lange erhalten bleiben!

Dr. Josef WINDISCH

## Requiem für die Toten 1934

Am Sonntag, dem 12. Februar 1984, um 9.30 Uhr in der Wiener Votivkirche wurde ein Requiem zum Gedenken aller abgehalten, die bei den Ereignissen des Jahres 1934 in Pflichterfüllung oder aus Idealen für Österreich ihr Leben hingeben mußten. Zeleberrant war Monsignore OSIR. PINZENHÖLLER, der in seiner Predigt alle Opfer-toten gebührend würdigte.

Anschließend an das Requiem fanden Andachten an den Gedenktafeln für die Opfer des Österreichischen Heimatschutzes und der Exekutive-Wachkörper statt. Beachtung fand auch das

„Mauthausenfenster“ in der Votivkirche, gestiftet von der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten. Es zeigt die Todesstiege mit Häftlingen und SS-Aufsehern, in einem Gebüsch versteckt nimmt ein Priesterhelfer einem anderen Häftling die Beichte ab. Unter den Teilnehmern befanden sich Bundesparteibeamte Dr. MOCK, Vizekanzler a. D. Dr. Fritz BOCK, Minister a. D. Dr. DRIMMEL, Staatssekretär a. D. Dr. NEISSER, Bezirksverhörer Ing. HEINZ sowie Vertreter der Gendarmerie, der Polizei, der Kameradschaft Grün-Weiß und ehemalige Angehörige des Freiwilligen Schutzkorps mit Familienangehörigen.

### Landesverband Wien

## Requiem am 12. März 1984

Am Montag, dem 12. März 1984, um 18.00 Uhr in Wien 1, Michaelerkirche, wird das Requiem für die NS-Opfer von 1938 bis 1945 und für alle seither verstorbenen Kameradinnen und Kameraden unseres Verbandes abgehalten. Anschließend findet eine Kranzniederlegung am Dachauerkreuz in der Marienkapelle statt.

### Landesverband Kärnten

## Teilnahme an auswärtigen Veranstaltungen

Am 25. September 1983 haben wir an einer Feier der Gemeinde Tolmezzo in Italien teilgenommen, bei welcher dieser Gemeinde für ihren antifaschistischen Widerstand die Goldmedaille verliehen wurde. Auch verschiedene Militärische Formationen bekamen durch den italienischen Minister für Landesverteidigung Auszeichnungen verliehen. Nach einem gemeinsamen Marsch durch die Stadt, wobei u. a. der österreichische Marsch „Wien liebt Wien“ von der Militärkapelle gespielt wurde, nahmen wir an der Defilierung der ausgerückten Truppenverbände teil und anschließend an einem Festessen, das in echter Gastfreundschaft und Kameradschaft verlief. Auch die anderen Kärntner Widerstandsvereinigungen waren vertreten. Am 3. Dezember 1983 wurden wir zum „traditionellen Treffen der Delegierten der Kämpfer-Organisationen und der Kriegsgesellen aus Friaul-Julisch Venetien, Kärnten, Steiermark und der Sozialistischen Republiken Kroatien und Slowenien“ in Marburg eingeladen. Nach einer Kranzniederlegung am Denkmal der Geiseln — an dieser Stelle wurden zur Zeit der Nazibesatzung 620 Geiseln, Männer, Greise,

Frauen und Kinder, von der SS erschossen — begannen die Beratungen zum Thema des diesjährigen Treffens: „Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte der Nachbarländer im Kampf für den Frieden.“ Es wurde eine von allen Teilnehmern unterschriebene Resolution beschlossen, die sich gegen den Nazifaschismus richtet. Ein Dokument, durch das unsere Reihen noch enger geschlossen werden sollen. Es ist eine Nachricht an die Landes- und Weltöffentlichkeit, mit der gezeigt werden soll, daß in einem kleinen Teilchen Europas Organisationen ehemaliger Kämpfer gegen den Nazifaschismus aus drei Ländern ihre Kräfte um eine Welt ohne Kriege und Drohungen mit atomarer Apokalypse vereint haben.

Der Text dieses Auftrages wurde bereits dem Generalsekretär der UNO, den Regierungen unserer drei Staaten und den nationalen Leitungen aller unserer einschlägigen Organisationen übersandt.

Als Abschluß fand ein in aller Einmütigkeit gehaltenes Mittagessen statt. Hervorgehoben muß die überaus freundliche Hilfsbereitschaft des Bürgermeisters von Marburg, der unserer Kärntner Delegation, der namens der ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten, Kärnten, Landesobmann W. Hofrat i. R. Dr. Carl Sveceny und Landesobmannstellvertreter Reg.-Rat Ing. Josef Jaritz angehört, einen anderen Autobus verschaffte, weil unser Autobus wegen einer Panne nicht fahrbereit war. Und dies an einem Samstagabend! Wir haben uns beim Bürgermeister von Marburg in einem Schreiben allerherzlichst bedankt.

## Kärntner General- versammlung

Bei der am 13. Jänner 1984 abgehaltenen Generalversammlung des Landesverbandes KÄRNTEN der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten wurden folgende Funktionäre einstimmig gewählt:

Landesobmann:  
WHR i. R. Dr. Carl SVECENY  
Landesobmann-Stellvertreter:  
Reg.-Rat Ing. Josef JARITZ  
Schriftführer:  
Reg.-Rat Hans SKORIANZ  
Kassier:  
Präs. Ök.-Rat Hermann GRUBER  
Beisitzer:  
WHR i. R. Dr. Arthur TRATTLER  
WAR i. R. Erich GOLDBERGER  
AdR i. R. Thomas BURGER  
Kontrolle:  
Fachl. i. R. Hubert PETZ  
Ehrenobmann:  
Krim, Obstl. i. R. Ferdinand PUGANIGG

## Landesverband Oberösterreich

## Jahreshauptversammlung

Die Landesgruppe hielt am 12. November 1983 in Linz (Kaufm. Vereinshaus) die ordentliche Jahreshauptversammlung mit der Neuwahl der Funktionäre ab. Begonnen wurde diese mit einem gemeinsamen Mittagessen, wo sich bereits im Kreise der Kameraden unser Bundesobmann mit Gemahlin eingefunden hatte.

Um 13 Uhr fand dann ordnungsgemäß die Abwicklung der Hauptversammlung statt. An die Begrüßung des Landesobmannes, Kamerad Serschen, schloß sich das Gedenken an die im Ablauf des Jahres verstorbenen Kameraden. In der Tagesordnung war auch die Neuwahl der Funktionäre vorgesehen. Kamerad Regierungsrat Pernauer übernahm den Vorsitz und brachte den Wahlvorschlag zur Verlesung. In diesem wurde besonders auf die Wahl jüngerer Funktionäre Bezug genommen. Doch spontan und unter lauten Beifall der Anwesenden wurde die bisherige Landesleitung einstimmig bestätigt.

Obmann:

Ing. Karl Serschen

1. Stellvertreter:

OAR Wilhelm Zimmerbauer

2. Stellvertreter:

Max Leitner

Schriftführer:

Helmut Heidelberger

Kassier:

Anton Eilenberger

Kassaprüfer:

Obstlt. i. R. Josef Grafinger

Prof. Eugen Dichtl

Der Bundesobmann dankte allen Funktionären für ihre mustergültige Arbeit und übergab den Vorsitz wieder dem Landesobmann. Kamerad Serschen dankte für das bekundete Vertrauen und erwähnte, daß er im Hinblick auf sein Alter, gerne einen jüngeren Kameraden an seiner Stelle gesehen hätte. Er versprach wie bisher, sich für die berechtigten Interessen aller der Opfer für ein freies Österreich tatkräftig einsetzen zu wollen. Er übergab unserem Bundesobmann das Wort für seine Ausführungen:

Kamerad Pernauer wies eingangs seines ausführlichen Referates auf die Geschehnisse im März 1938 hin und zeigte die Gefahren der jüngsten Umtriebe der Neonazis auf. Besonders die laufenden Prozesse in Wien und Graz sind nicht zu übersehen, die Geschehnisse im jetzigen österreichischen Bundesheer, wo ein Generalstabsmajor — ganz im Sinne des berühmten „Soldatenringes“ im ersten Bundesheer, eine sogenannte Zelle gründete. — Kein Wunder sagte Kamerad Serschen — ein berechtigter

Einwurf —, wenn an der höchsten Stelle des heutigen Bundesheeres ein ehemaliger „Gruppenführer“ (Zellenleiter dieser Eidbrecherbande steht!!! — 45 Jahre nach dem 11. März 1938, wo die Besetzung unseres Vaterlandes durch die Hilterscheren erfolgte, schwiegen sich unsere Medien über dieses völkerrrechtswidrige Geschehen geflissentlich aus. — Scheinbar bedrückt sie doch das schlechte Gewissen!

Die Folgen des Einmarsches sind bekannt, es sei jedoch hervorzuheben, daß in den Märztagen die Verhaftung von 70.000 Österreichern erfolgte, die mißhandelt, ins KZ eingeliefert und viele von ihnen ermordet wurden. Am 1. April 1938 ging der 1. Transport in das KZ-Dachau ab: Dipl.-Ing. Pfl. Ing.-Prof. Dr. Zeßner-Spitzenberg, Landesobmann Dr. Gleißner, Doktor Bock, Dr. Hurdas, Dr. Gorbach u. v. a. waren die Opfer für ein freies Österreich. Zusammenfassend schilderte er die Bilanz der Nazityrannie von 1938—1945:

247.000 zur deutschen Wehrmacht einrückend gemachte Österreicher kehren nicht zurück, davon 76.200 dauernd Vermißte.

2700 Österreicher wurden hingerichtet.

63.439 Österreicherische Juden wurden ermordet.

16.100 Österreicher starben in der GESTAPO-Haft.

16.500 Österreicher starben in den Konzentrationslagern.

24.300 Österreicherische Zivilisten sind bei Luftangriffen oder Kriegshandlungen ums Leben gekommen.

100.000 Österreicher waren aus politischen Gründen zwischen 3 Monaten und 7 Jahren in Kerkern und Konzentrationslagern. Von den furchterlichen Zerstörungen durch Luftangriffe und Kämpfe samt den chaotischen Zuständen am Ende des Naziregimes nicht zu reden. Soweit das traurige Ergebnis dieses wahnsinnigen Krieges. Allen Widerständen zum Trotz, begann nach dem Ende dieses „Dritten Reiches“ der gemeinsame Wiederaufbau unseres Österreichs. Widerstandskämpfer gründeten den gemeinsamen KZ-Verband, der jedoch damals vorwiegend aus Kommunisten bestand.

1945 wurde von der damaligen Staatsregierung das OFG (Opferfürsorge-Gesetz) beschlossen. In der Folge kam es zur Trennung vom gemeinsamen KZ-Verband und es wurde am 16. März 1948 die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten gegründet, deren Obmänner waren — Dr. Fritz Bock, NR Frisch, LAbg. Leinhardt —, und heute Regierungsrat Franz Pernauer. Unsere Kameradschaft hatte und hat einen wesentlichen Anteil an der Sozialgesetzgebung, an den laufenden

Verbesserungen des OFG, Mitsprache in den Opferfürsorge-Kommissionen des Bundes und der Länder usw. 1968 kam es zur Zusammenarbeit aller 3 Verbände in einer „Arbeitsgemeinschaft“ (KZ-Verband, Bund sozial. Freiheitskämpfer und unser Verband). In dieser Arbeitsgemeinschaft sind alle gleichrangige Partner, da die Arbeit weitgehend auf einer sachlichen Basis beruht und es im Interesse aller liegt, das Bestmögliche für ihre Mitglieder zu erreichen. Das seit 11. Februar 1963 bestehende „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“ in Wien, ist ein wertvolles Instrument zur Sammlung von Dokumenten aus der NS-Zeit, aber auch zur Information und als Mahner. In Kürze ist beabsichtigt, dieses in eine Stiftung umzuwandeln, an der sich insbesondere der Bund und das Land beteiligen wird.

Das Verhältnis zur Gesamt-ÖVP wurde beleuchtet und für das kommende Jahr — 25. Juli 1984 — eine entsprechende Gedenkfeier für den von den Nationalsozialisten ermordeten Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß zu gestalten angekündigt.

Seitens der Bundesleitung wird eine diesbezügliche Anfrage an die ÖVP-Bundesparteierteilung erfolgen. Unter dem Beifall aller Anwesenden dankte Kamerad Serschen für die hochinteressanten Ausführungen (die hier nur zum Teil wiedergegeben werden konnten) unseres Bundesobmannes Regierungsrat Pernauer und verband diesen Dank auch für seinen stets unermüdblichen Einsatz für die Interessen unseres Verbandes.

Ein anschließend gemütliches Beisammensein beschloß diese kameradschaftliche Zusammenkunft.

## Landesverband Burgenland

Alt-Landeshauptmann  
Josef Lentsch —  
Professor

Im Jänner 1984 wurde Alt-Landeshauptmann Reg.-Rat Josef Lentsch mit dem Titel Professor ausgezeichnet.

Seit seinem Ausscheiden als Spitzenpolitiker der ÖVP wegen schwerer Erkrankung im Jahre 1964 widmete er sich ganz kulturellen Aufgaben. Über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt wurde er wegen seiner umfangreichen Marienliedersammlung im deutschsprachigen Raum, die mehr als 30 Bände umfaßt. Auch als Verfasser des autobiographischen Buches „Die Orgel weint“ machte er sich einen Namen.

Josef Lentsch wurde 1909 in Oggau geboren. Nach dem Besuch der Leh-

rehabilitationsanstalt in Wien-Strebersdorf war er ab 1926 Lehrer in Taiden, St. Martin und Klostermarientberg. 1937 legte er die Lehramtsprüfung für Hauptschulen ab. Wegen seiner führenden Mitarbeit in der Vaterländischen Front wurde er 1938 vom NS-Regime als Lehrer entlassen. Bald fand er Verwendung in der Apostolischen Administration Burgenland. 1945 wurde er unter Landeshauptmann Karall LandesparteiSekretär der ÖVP und zog nach den ersten Wahlen in den Landtag ein. Von 1949 bis 1953 war er Mitglied der Landesregierung, dann bis 1956 1. Präsident des Bgld. Landtages. Ab 1956 wieder Landesrat, wurde er 1961 nach Johann Wagner Landeshauptmann bis 1964 eine langwierige Erkrankung seiner politischen Tätigkeit ein jähres Ende setzte. Prof. Lentsch erfreut sich auch heute noch im ganzen Lande großer Beliebtheit und wird häufig als Vortragender eingeladen. Am 24. Februar feiert er seinen 75. Geburtstag.

OSR Anton SÄTTLER

## 45. Todestag von Landeshauptmann Sylvester

Aus Anlaß des 45. Todestages von Landeshauptmann Dipl.-Ing. Hans Sylvester am 19. Jänner 1984 legten Abordnungen der Bgld. Landwirtschaftskammer (unter Dr. Schmal) und der ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten (unter Landesobmann Sattler) beim Sylvester-Denkmal in Eisenstadt und am Sylvester-Grab in Nickelsdorf Kränze nieder.

Hans Sylvester, 1897 in Nickelsdorf geboren, wurde nach Abschluß der Studien an der Hochschule für Bodenkultur in Wien Beamter der Bgld. Landwirtschaftskammer und 1930 deren Direktor. Als Landesleiter der Vaterländischen Front erfolgte 1934 seine Wahl zum Landeshauptmann des Burgenlandes. Am 11. März 1938 wurde er im Eisenstadter Landhaus verhaftet und im Mai 1938 in das Konzentrationslager Dachau gebracht, wo er am 19. Jänner 1939 den unumkehrlichen Qualen der Haft erlag.

## KZ-Gemeinschaft Dachau — Generalversammlung 1984

Am 21. Februar 1984, in Wien 8, Laudongasse 16, wurde die ordentliche Generalversammlung 1984 der Dachauer Lagergemeinschaft abgehalten. Der bisherige Vorstand wurde entlassen und für seine Tätigkeit bedankt. In

den neuen Vorstand für die kommenden zwei Jahre wurde wiedergewählt bzw. hinzugewählt:  
Vorsitzender:  
Ernst Sprung  
Stellvertreter:  
Ferdinand Berger  
Schriftführer:  
Friedrich Piliwein

## Abtreibung — Exkommunikation

In mehreren Tageszeitungen ist Ende November unserem Volke bekanntgegeben worden, daß mit Beginn des neuen Kirchenjahres (1. Adventsonntag) der neue katholische „Codex iuris canonici“ in Kraft getreten ist, wobei z. T. auch über wesentliche Bestimmungen dieses kirchlichen Gesetzbuches berichtet worden ist.

Theologen und Juristen besuchen auf den Universitäten Vorlesungen über Kirchenrecht und legen auch die entsprechenden Prüfungen ab. Sicher nicht alle Staatsbürger wissen genau, was mit einer Exkommunikation verbunden ist. Es wird hier deshalb darauf gelegt, daß Exkommunikation eine Art von Kirchenbann ist, ein Ausschluß aus der kirchlichen Gemeinschaft, insbesondere ein Ausschluß vom Sakramentempfang. In den Jahren seit der Einführung der sogenannten Fristenlösung und auch zur Zeit, da noch für und gegen diese weitgehende Liberalisierung der Abtreibung, also vor dem Inkrafttreten dieser gesetzlichen Bestimmung, debattiert worden ist, hat man wenig oder gar nichts über die mit einer Abtreibung automatisch verbundene Exkommunikation gehört. Unser Volk, das doch zum weit überwiegenden Teil katholisch ist, hat aber ein Anrecht darauf, über wichtige Gesetzestexte informiert zu werden.

Interessant ist, daß es im neuen Codex nur noch sieben Tatbestände gibt, die mit einer Exkommunikation verbunden sind, während im bisherigen Codex deren 40 Straftaten enthalten waren. Unter den gebliebenen sieben Tatbeständen befindet sich die Abtreibung; dabei ist im kirchlichen Gesetzbuch nicht von Schwangerschaftsabbruch die Rede, sondern von Abtreibung. Mit dem Wort Abtreibung wird sicher klarer zum Ausdruck gebracht, was da vor sich geht, in unseren Nachbarländern, nämlich in der Schweiz und in der Bundesrepublik, stimmt also die weltliche Gesetzgebung (ius positivum) mit der kirchlichen (ius naturale bzw. ius divinum) auf diesem Rechtsgebiet noch weitgehend überein; in der Schweiz haben die Befürworter der Fristenregelung noch nicht ihr Ziel erreicht und in der Bundesrepublik hat bekanntlich das Bundesverfassungsgericht vor etwa zehn Jahren die Fristenlösung für

Stellvertreter:  
Karl Roder  
Kassler:  
Karl Horak  
Stellvertreter:  
Wilhelm Eckel  
Rechnungsprüfer:  
Erich Finches, Paul Krämer, Albert Gerl

verfassungswidrig erklärt, ganz anders bei uns in Österreich. Man muß daran denken, daß möglicherweise bei jener Entscheidung unseres Verfassungsgerichtshofes, mit der ebenfalls vor etwa zehn Jahren die Fristenlösung als verfassungskonform beurteilt worden ist, eine Art von Politjustiz mitspielt hat, da bekanntlich bei der Besetzung der Richterposten beim Verfassungsgerichtshof die beiden großen Parteien ihren Einfluß geltend machen können. Fest steht nach wie vor, daß mit den §§ 22 und 732 ABGB, mit dem Art. 7 (1) der BV (Bundesverfassung) und mit dem Art. 2 (1) der ebenfalls im Verfassungsrang stehenden Menschenrechtskonvention auch bei uns das Recht der Ungeborenen auf das Leben gesetzlich geschützt ist.

Richter Dr. Josef Kockels, Frastanz

### Anm. d. Redaktion:

Ein ähnlicher Leserbrief vom selben Autor erschien am 10. 12. 1983 in den „Vorarlberger Nachrichten“.

## Buchpräsentation „Kampf um Österreich“

„Die Vaterländische Front und ihr Widerstand gegen den Anschluß 1933—1938“

Autor: Prof. Ludwig Reichhold; Herausgeber: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW); Österreichischer Bundesverlag, Wien; 424 Seiten, 32 Seiten Bilder, Ladenpreis 5 400,—.

Die Präsentation der Dokumentation „Kampf um Österreich“ fand am Dienstag, dem 31. Jänner 1984, um 10.30 Uhr, in Wien I, Am Hof 4, in der Österreichischen Kontrollbank statt. Dieses Gebäude war bis 1938 das „Fronthaus“, der Sitz der Bundesleitung der Vaterländischen Front (VF), deren Widerstand gegen den Anschluß an Hitlerdeutschland in dem Buch dokumentiert worden war. Es erschien als Ergänzung der vom DÖW herausgegebenen Reihe über Widerstand und Verfolgung in den österreichischen Bundesländern 1934—1945.

# **DIE KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR VORARLBERG**

**ist die gesetzliche Interessenvertretung für mehr  
als 110.000 Arbeitnehmer.**

- Sie vertritt deren Belange in Fragen der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik und der Kulturpolitik. Sie stellt Beisitzer für das Arbeitsgericht und das Schiedsgericht der Sozialversicherung. Sie entsendet Vertreter in zahlreiche Körperschaften, wie die Vorarlberger Gebietskrankenkasse, den Landesschulrat und Beiräte der Landesregierung.
- Sie berät und interveniert in Fragen des Arbeitsrechtes, der Sozialversicherung, des Lehrlings- und Jugendschutzes sowie in Konsumentenangelegenheiten.
- Sie bietet der gesamten Bevölkerung kulturelle Einrichtungen an: Abendkurse, Bibliotheken, verbilligte Eintrittskarten für Theateraufführungen und Förderunterricht für Besucher des Abendgymnasiums für Berufstätige.
- Sie vergibt Wohnbaudarlehen, Stipendien und Lehrausbildungsbeihilfen; für langjährig tätige Arbeitnehmer und Jugendliche organisiert sie kostenlose Erholungsaufenthalte.

**DIE INTERESSEN DER ARBEITNEHMER VERTRETEN  
UND DAS GEMEINSAME IM AUGE BEHALTEN**



Der Autor Prof. Reichhold war von 1934 bis 1938 als Chefredakteur der „Österreichischen Arbeiterzeitung“, des Zentralorgans der christlichen Arbeiterbewegung, hauptnaher Beobachter des Ständestaates, hatte von 1933 bis 1945 Kontakt mit dem Widerstand gegen Hitlers Machtpolitik und beteiligte sich ab 1946 in zahlreichen zeitgeschichtlichen Büchern als Chronist des Wiederaufbaus Österreichs. Als Quellenmaterial vorverleitet der Autor vorhandene Unterlagen des Geheimen Informationsdienstes der VF 1933—1934, inzwischen schon teilweise veröffentlichte Ministerratprotokolle 1932—1936, wesentliche diplomatische Dokumente, viele gedruckte Quellen, zahlreiche Zeitschriften aus den Jahren 1932 bis 1938 und nahm auch Befragungen von Politikern und Wissenschaftlern als noch lebende Zeugen der Zeit vor.

Die Jahre 1933 bis 1938 in Österreich — die Zeit ab der sogenannten „Selbstauschaltung“ des Parlaments am 4. März 1933, die Gründung und Entwicklung der VF als faktische einzige Trägerin der politischen Willensbildung, das Verbot aller politischen Parteien und das autoritäre Regime des Ständestaates — sind sehr umstrittene Themen der österreichischen Zeitgeschichte. Diese Periode wird vom christlich-konservativen Lager als Aufbruch zu einem neuen österreichischen Vaterlandsbewußtsein und zur Nationsehrung gerühmt, auch als Abwehrkampf gegen den von außen unterstützten Nationalsozialismus bezeichnet, zum Ausbau einer lebensfähigen ständischen Demokratie führend. Das sozialistische Lager sieht darin eine Reihe von schweren Verfassungsbrüchen der Christlichsozialen, die Zerstörung der parlamentarischen Demokratie, die Unterdrückung der Arbeiterbewegung und die Errichtung einer Diktatur des „Austro- oder Klerikofaschismus“.

Dieses Buch bringt eine reichhaltige Gesamtdarstellung der innen- und außenpolitischen Bedingungen für Österreich in jenen Jahren. Die massive Anschlussdrohung Hitlers, der Ausfall der Schutzmacht Italien und das Versagen der anderen europäischen Großmächte lassen die Abwehrmaßnahmen des österreichischen Regimes ziemlich chancenlos werden, verzögern aber doch die längst beschlossene Annexion Österreichs durch NS-Deutschland und den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

In der Einleitung des Buches schreibt Vizekanzler a. D. Dr. Fritz Bock, einst Amtswalter der VF-Bundesleitung, dafür einige Jahre im KZ und jetzt Vizepräsident des DÖW: „Einen der wichtigsten Beiträge wird der Leser dort finden, wo vom autoritären Regierungssystem und dem Versuch einer

ständestaatlichen Ordnung die Rede ist. Die parteipolitische Diskussion gebraucht in diesem Zusammenhang wiederholt das Wort vom „Austrofaschismus“ — ein Begriff, der abzulehnen ist. Es gab keinen „Austrofaschismus“. Das ständestaatliche System war der Versuch einer eigenen österreichischen Staatsform, die dazu dienen sollte, dem Ansturm von außen standzuhalten.“

Prof. Reichhold nimmt auch eine ausführliche Standortbestimmung des wohlweislich unter Anführung gesetzter „Austrofaschismus“ vor und kann dabei auf diesbezügliche Kritiken anerkannter Historiker verweisen. Nur Teile der Heimwehen, ein genuin faschistisches Element der „vaterländischen“ Sammlung, waren bis zur endgültigen Ausbootung Starheimbergs im Mai 1936, insbesondere während der Übergangsphase 1933/34, ein freibewegliches, aber keineswegs dominierendes Element. Dem Ständestaat können daher nur in der Anfangszeit solche faschistische Tendenzen angelastet werden.

Mit diesem Buch ist somit eine wertvolle wissenschaftliche Dokumentation für die Jahre 1933 bis 1938 über den Ständestaat und die Vaterländische Front aufliegend. Der Leserkreis umfaßt die zeitgeschichtlich Interessierten, Historiker, Studenten und Faschismuskritiker und kann mit vielen neuen Quellen bereichern. Das Buch wird sicher sehr lebhaft Diskussionen auslösen und soll zu weiteren Beiträgen zur Aufhellung dieser Periode anregen. Dies möge aber emotionslos und möglichst objektiv geschehen!

Dr. Josef Windisch

## „Fritz Bock — Zeitzeuge“

Im Rahmen des DÖW-Projektes „Oral History“ (erzählte Geschichte) haben Dr. Herbert Steiner und Maria Spörner an Vizekanzler a. D. Dr. Fritz Bock zahlreiche Fragen über die wichtigsten Stationen seines erfüllten Lebens gestellt. Ein Zeuge der Zeit vermittelt so in persönlicher Rede, unmittelbar und lebendig einen wertvollen Beitrag zur Zeitgeschichte. Diese Publikation kommt über den Europaverlag etwa Anfang April 1984 heraus, umfaßt ca. 160 Seiten und wird beim DÖW, 1010 Wien 1, Altes Rathaus, Wipplingerstraße 8/Stiege 3, zum Sonderpreis von S 90,— sowie auch im Buchhandel zum Ladenpreis erhältlich sein.

## Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934—1945

In der Reihe der DÖW-Publikationen wird dieses Werk am 15. März 1984 abend in der Universität Innsbruck, Innrain 52, präsentiert. Einleitend

de Worte spricht Bundesminister a. D. Dr. Karl Gruber, die Vorstellung des Werkes erfolgt durch den wissenschaftlichen Leiter des DÖW Dr. Wolfgang Neugebauer. Die Autoren werden für Anfragen zur Verfügung stehen. Diese Dokumentation umfaßt 2 Bände und kann dann über das DÖW zum Sonderpreis bezogen werden: Karton pro Band S 200,—, Leinen pro Band S 290,—.

## Volkschule Wien-Brigittensau

### Programmankündigung

Auf folgende Vortragsreihen wird hingewiesen:

#### 1. Österreich während des Nationalsozialismus

Jeweils Montag 19.00 bis 21.00 Uhr, ab 13. 2. 1984 14-tägig. Vortragende: Dr. Elisabeth Klämper, AK-Stiftungskura, Tonbänder, Dias, Film und „Zeugen der Zeit“ sollen die Problematik veranschaulichen helfen.

#### 2. Das Judentum in Geschichte und Gegenwart

Donnerstags jeweils um 19.00 Uhr, am 15. 3. 1984, am 12. 4. 1984, am 10. 5. 1984 und am 7. 6. 1984. AK-Stiftungsräte.

#### 3. Das Jahr 1934 — 50 Jahre danach

Donnerstag, 5. 4. 1984: Dr. Fritz Bock. Das Jahr 1934 aus christlich-sozialer Sicht.

Donnerstag, 3. 5. 1984: Dr. Karl Haas. Sozialdemokratische Politik 1933/34. Vortragort immer: Wien 20, Raffaelgasse 11—13.

## Hinweise der Redaktion:

### Einsendungen

Die Landesverbände und alle Kameraden möchten beachten:

- a) Maschinschrift, großer Zeilenabstand, einseitig.
- b) Zeitungsausschnitte mit Zeitungsnamen und Ausgabedatum.
- c) Redaktionschluß ist Mitte Februar, Mai, August und November.

### Restexemplare „Die Steine reden“

Bildreiche Dokumentation über Gedenkstätten des österreichischen Freiheitskampfes und Mahnmale für die NS-Opfer.

Bestellungen zum reduzierten Preis von 100 S sind bei der Bundesleitung der ÖVP-Kameradschaft (ÖVP-K) der politisch Verfolgten, 1080 Wien, Laudongasse 16, schriftlich oder fernmündlich unter Ruf 43 11 44 noch möglich.

### Restexemplare „Tagebuch der Anne Frank“

können ebenfalls bei der Bundesleitung der ÖVP-Kameradschaft schriftlich oder fernmündlich gegen Ersatz der Versandkosten bestellt werden.

## Kamerad Oberamtsrat i. R. Leopold MARTINEK,



der bewährte langjährige Kassier des Landesverbandes Wien der ÖVP-Kameradschaft vollendet am 6. März 1984 sein 85. Lebensjahr. Der Name Martinek ist ein Synonym für Korrektheit, Gewissenhaftigkeit, Genauigkeit, aber auch Kameradschaft und Bescheidenheit. Trotz seiner Bescheidenheit versteht es aber Kam. Martinek durchaus, in seiner ruhigen und

stillen Art jeden von ihm als richtig anerkannten Standpunkt durchzusetzen. Der rüstige Jubilar bekleidet seit vielen Jahren im Landesverband Wien — zu dessen Gründungsmitgliedern er zählt — die Funktion eines Kassiers und daß er diese Funktion umsichtig und vorbildlich ausübt, versteht sich bei Martinek von selbst.

Als unbeugsamer Österreicher wurde er schon am 17. März 1938 verhaftet und anschließend in das KZ Dachau gebracht, wo er für seine aufrechte Gesinnung und seine Heimat Österreich mit seinem Leben einstand.

Nach 1945 war Martinek Leiter der drei größten Buchhaltungen des Wiener Magistrats. In dieser Eigenschaft war er auch mit der Abwicklung von Ansprüchen nach dem Opferfürsorgegesetz befaßt; viele Kameradinnen und Kameraden werden sich gerne und dankbar an Martinek erinnern, der ihnen damals helfend beigestanden war.

Wir gratulieren unserem Freund und Kameraden Martinek zu seinem Geburtstag auf das herzlichste und wünschen ihm für seinen weiteren Lebensweg alles Gute, vor allem Gesundheit, viel Glück und Zufriedenheit. Wir sind stolz darauf, Kam. Oberamtsrat Martinek in unseren Reihen zu wissen.

## Dr. Jakob Kastelic 1897 bis 1944

Am 2. August 1944, vor 40 Jahren, ist Dr. Jakob KASTELIC im Wiener Landesgericht hingerichtet worden. Er ist laut Urteil des Volksgerichtshofes vom 1. 3. 1944 der führende Kopf der „Großösterreichischen Freiheitsbewegung“ gewesen, die auf den Sturz der NS-Regierung und auf die Losrennung der Alpen- und Donaugäule vom Großdeutschen Reich hingearbeitet und Zersetzungs der Wehrkraft betrieben hat.

Viele unserer Kameraden haben Dr. Jakob KASTELIC bei Lebzeiten kennen und schätzen gelernt. Als Mitglied der christlich-sozialen Partei, als Mitgründer der Lueger-Jungfront und der Sturmcharen, als Obmann der Katholischen Aktion in der Pfarre Wien-Reinlgasse und als Präsident des Sportklubs „Arminia“ haben wir ihn schon vor dem 13. März 1938 als Katholiken und Österreicher immer im vollsten Einsatz gesehen.

Die NS-Machübernahme in Österreich hat er schweren Herzens widerstandlos erleben müssen und hat sofort im Untergrund die Wiederbefreiung Österreichs vorbereitet und erkämpft. Viele Kameraden haben mit ihm Leben und Freiheit eingesetzt und geopfert, nur wenige haben das Wiedererstehen Österreichs mitfeiern können. Wir wollen und können Dr. Jakob KASTELIC niemals vergessen!

## 25. Juli 1934 — Naziputsch und Döllfuß-Mord

Nach dem Wahlsieg der deutschen Nationalsozialisten am 30. Jänner 1933 und der totalen Machtübernahme Hitlers am 24. März 1933, hat das Verbot der österreichischen NSDAP am 19. Juni 1933, durch die Regierung Döllfuß die Vorbereitung des baldigen Umsturzes in Österreich herausgefordert. Ein offener Kampf der zahlenmäßig schwachen Hitleranhänger in Österreich gegen die ausreichend gerüstete Exekutive und das Bundesheer hat keinen Erfolg erwarten lassen und die gleichzeitige Ausschaltung der ganzen österreichischen Bundesregierung als die aussichtsreichste Aktion zur Machtübernahme erscheinen lassen.

Bundeskanzler Dr. Engelbert Döllfuß ist der führende Mann in Österreich gewesen und hat auch in breiten Kreisen der Bevölkerung das Österreichbewußtsein und den Willen zur Verteidigung des Vaterlandes Österreich erwecken können. Seine Persönlichkeit, sein Ansehen im Ausland und sein erst begonnenes Reformwerk sind für die Nationalsozialisten ein zu großes Hindernis gewesen, als daß sie nicht erst seinen gewaltsamen Tod für ihren

Weg zur Macht herbeiführen hätten müssen. Das mißglückte Döllfuß-Attentat im Parlament am 3. Oktober 1933 ist ein Beweis für diese Annahme.

Das höchste und letzte Opfer, das man von einem Menschen und Staatsmann für seine Idee und sein Vaterland erwarten kann, das Opfer seines Lebens hat Döllfuß gebracht!

Die Idee, die Döllfuß geleitet und seine Reformen bestimmt hat, ist vor allem auf die Herbeiführung der sozialen Gerechtigkeit und des inneren Friedens in einem unabhängigen und freien Vaterland Österreich gerichtet gewesen. Das offensichtliche Versagen liberaler und sozialistischer Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle hat ihm deren Überwindung durch eine neue Ordnung auf der Grundlage der päpstlichen Sozialenzykliken „Rerum novarum“ und „Quadragesimo anno“ notwendig erscheinen lassen. Der Klassenkampf der Arbeiterbewegung und seine gewaltsam lösenden Kampfmittel gegen die wirtschaftliche und soziale Machtausübung der Unternehmer und ihrer Organisationen sollte

durch ein ständisches und partnerschaftliches System sowohl in den einzelnen Betrieben als auch zwischen den erst zu reformierenden Interessengruppen ersetzt werden. Die Döllfuß-Straße war ein möglicher Weg zur Entspannung und ein Einsatz für eine Gesellschaftsordnung nach den hohen Werten des christlichen Sozialismus.

Die immer gefährlicher werdende Bedrohung der Volkswirtschaft und überhaupt Eigenstaatlichkeit Österreichs vom benachbarten Deutschland her, die nicht abwendbaren Forderungen der Schutzmacht Italien unter Mussolini und die politischen Unruhen im Inland, haben die Regierung Döllfuß oft zu unpopulären Maßnahmen und auch zur Härte gezwungen, deren Auswirkungen und Opfer zu vielen Mißverständnissen und Rückschlüssen in der Reform geführt haben. Auch die zeitgeschichtlichen Forschungen suchen noch nach einer Erklärung dafür, um auch den von der linken Seite erhobenen und noch bestehenden Vorwürfen gegen den Ständestaat und seine Idee entgegen zu können.

# Grundwerte und Strukturreform

Im Salzburger Programm deklariert sich die ÖVP als Partei der „fortschrittlichen Mitte“ und erstrebt einen Fortschritt durch zunehmende Verwirklichung humaner und demokratischer Werte. Die moderne Gesellschaft und ihre Struktur drängt unübersehbar nach Neuerungen, die aber gesteuert werden sollen, um einen echten Fortschritt herbeizuführen. Ein Mindestmaß gemeinsamer Werte muß erkannt und bekannt sein, an dem sich die vielfältigen Teilverbände und Interessengruppen orientieren können und in ihrer Tätigkeit aufeinander abstimmen.

Die ÖVP als „Soziale Integrationspartei“ will alle Gruppen, Schichten und Stände des Volkes umfassen und deren kulturelle, wirtschaftliche, soziale und politische Interessen im Einklang mit dem Gemeinwohl wirksam vertreten. Wenn jedoch der Schwerpunkt der Aktionen auf den wirtschaftspolitischen Bereich verlagert wird, erlangen die an sich gegensätzlichen Interessen der traditionellen und basismassen Bündnis- und Zweckorganisationen ein merkliches Übergewicht und führen eher zu einer Isolierung als zur notwendigen Integration. Die gemeinsamen Grundwerte des Salzburger Programms sind erkennbar, das „personalistische Menschenbild“ und das „partnerschaftliche Gesellschaftsmodell“. Diese Werte oder Ideale haben absoluten Vorrang und sollen alle bestehenden und auftretenden Gegensätze ausgleichen helfen.

Der Begriff „Person“ mit unseren damit verbundenen Wertvorstellungen stammt aus dem „christlich-abendländischen Kulturkreis“ und sieht im Menschen das Ebenbild Gottes, für seine Taten dem Herrgott unmittelbar verantwortlich, herausgelöst aus der Bindung an die Natur und aus der Verflechtung in die Gesellschaft. „Der Mensch ist Modell, nicht Produkt der Gesellschaft!“ Die personale Natur des Menschen und sein äußeres Werk sind fundamentale Elemente der Gesellschaft und setzen die Freiheit der Person für die auszuübenden Funktionen in der Gesellschaft und für die Gesamtheit voraus. Das Personalitätsprinzip findet heute bereits weltweit seinen Ausdruck in der Menschenrechtsbewegung.

„Partnerschaft“ im Sinne des Salzburger Programms ist nicht nur eine Alternative zum Klassenkampf, sondern auch ein gesellschaftliches Strukturprinzip von höchster Bedeutung. Die Gesellschaft setzt sich ja nicht aus isolierten Einzelmenschen und bloßen Individuen zusammen, sondern stellt eine Ganzheit in vielfältiger und charakteristischer Struktur dar. Nur Part-

ner als Teil des Ganzen können Strukturen und Systeme bilden, als die richtige und echte Alternative zur Gesellschaft der Gleichen. Eine bloß relative Gleichheit ist aber für das partnerschaftliche Prinzip und Gesellschaftsmodell unerlässlich und wertet sie auch als Grundbedingung einer kooperierenden Gesellschaft. Das absolute Gleichheitsprinzip läßt nur ein Minimum an individuellen Besonderheiten und Initiativen frei und verführt leicht zu einer zentralen Lenkung und Kontrolle. Die Gleichschaltung ist eine mögliche Folge!

Die Orientierung und Besinnung auf diese Grundwerte des Salzburger Programms werden die Strukturreform der ÖVP erleichtern und zum gewünschten Ziele führen. In viele Bereichen haben sich die einzelnen Teilorganisationen bestens bewährt und die ganz speziellen Interessen ihres Standes und ihrer Mitglieder in mühseliger Kleinarbeit erfolgreich vertreten können. Befreundete oder nahestehende Verbände sind doch schon jahrzehntelang mit ihren speziellen Interessen in überparteilichen Arbeitsgemeinschaften und Kuratorien ausreichend vertreten und effizient mit tätig, wie auch immer die jeweilige Regierung zusammengesetzt gewesen ist. Keine Partei-zentrale wird da mit geeigneten Experten aufwarten können, die noch dazu als konsiliante Verhandlungspartner den Vertretern aus anderen Lagern angeboten werden dürfen. Der Aufwand der zentralen Parteiorganisationen wird von diesen Verbänden und ihren ehrenamtlich tätigen Funktionären auch in keiner Weise belastet, eher entlastet. Die Demokratie ist manchmal schon weiter fortgeschritten, als in den höchsten Parteigruppen bekannt ist. Viele Aufgaben und Anliegen in örtlichen und oft schwierigen fachlichen Bereichen werden auch niemals von Zentralstellen mit noch so hohem Organisationsgrad und Verwaltungsapparat billig, rasch und zufriedenstellend zu erledigen sein. Die wechselseitige und ständige Information ermöglicht erst das Verständnis für die Probleme, der persönliche Kontakt erwirkt auch erst das notwendige Vertrauensverhältnis in allen Nöten.

Die einsetzende „Strukturreform“ hat wohl vornehmlich die Arbeit in den Teilorganisationen für die ehrenamtlichen und sehr eifrigen Mitarbeiter zu fördern und zu erleichtern. Moderne Themen müssen rechtzeitig aufgegriffen werden und einen organisatorischen Rückhalt in der ÖVP erhalten. Eine Papierflut von Zentralstellen mit reichlichen Schlagworten ohne klaren Sinn zu den aufgeworfenen Themen und an bestimmte Zielgruppen gerich-

tet, erreicht nie die Wirkung des direkten, persönlichen und mündlichen Kontaktes zwischen den Mandatären, Funktionären einerseits und den Mitgliedern und Nahestehenden andererseits.

Die „Integration“ muß eben von unten nach oben systematisch vervollkommen und intensiv fortgetrieben werden. Eine umfassende Mobilisierung auf allen Ebenen muß erfolgen und alle Mitglieder auch zur Mitarbeit motivieren. Die Funktionäre und Mandatäre in den Gemeinden, Bezirken und Ländern sollen aber auch von dort sein und dort ihre Hauptarbeit leisten. Die politische Arbeit in den oberen Gremien ist langfristiger den geschulten, fähigen und willigen Mandatären vorbehalten und der Vorrang der Gesamtpartei mit ihren erklärten Zielvorstellungen muß anerkannt sein. „Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile!“ Die einzelnen Führungskräfte hingegen dürfen sich nicht sakrosankt auf ihr vermeintliches Charisma berufen und stützen, sondern müssen immer wieder neu um das Vertrauen und um die Mithilfe der Mitglieder werben. Es ist vieles nachzuholen, aber noch viel mehr zu verbessern!

## VP-REFORM

Eine verständliche schriftliche Fassung der Grundsätze der Volkspartei ist unerlässlich und muß den in Bürgernähe wirkenden lokalen Funktionären zugänglich und bekannt sein. Ein neuerliches Einschleifen der ÖVP-Reform nach dem Parteitag 1980 wird so ausgeschlossen sein und der ÖVP als Großpartei wieder die gebührende Stellung auch in der Bundespolitik sichern.

Vor allem eine wiedererweckte „Aktion 20“, die Zahl der Aktionäre kann wachsen, in Arbeitskreisen um führende Wissenschaftler kann die noch zu lösenden Zukunftsaufgaben für das österreichische Bundesverfassungsrecht klären und artikulieren helfen. Der frühere Arbeitskreis „Freiheit in der Ordnung“ um Univ.-Prof. Günther WINKLER hat schon 1966 wesentliche Ansätze hierfür gebracht: Stellung der Interessenverbände und kollektiven Mächte im Wirtschaftsleben, Bewältigung des Föderalismus im Bundesstaat, Eindämmung der Allmacht des Staates, Erstellung eines modernen Grundrechtskatalogs, Schutz des Beamtenstatus vor sachfremden ideologischen und interessengebundenen Einflüssen, schließlich die Bereinigung der unübersichtlichen und verworrenen Rechtslage. Wie viele dieser brennenden aktuellen Probleme sind bis heute noch nicht ausreichend gelöst?

## Besonderes Gedenken

Zum 15. bzw. 10. Todestag wollen wir uns an das unvergeßliche Wirken folgender verdienstvoller Kameraden und Funktionäre erinnern und ihrer besonders gedenken: **Ferdinand GRAF**, gestorben am 8. September 1969, hat 30 Monate in den KZ von Dachau und Flossenbürg verbringen müssen. Nach 1945 ist er als markante Persönlichkeit der österreichischen Innenpolitik als Staatssekretär im Innenministerium für die notwendige Demokratisierung der Exekutive und für die Vorbereitung eines wiederaufzubauenden Bundesheeres tätig gewesen und ist nach dem Ende der vierfachen Besatzung der erste Bundesminister für Landesverteidigung gewesen. Der Gesamtpartei, dem Bauernbund und der Wirtschaft hat er in vielen Funktionen lange Jahre wertvolle Dienste geleistet. Unserer ÖVP-K hat er vom Anfang an hochaktiv angehört. **Dr. Felix HURDES**, gestorben am 12. Oktober 1974, hat sogleich mit der NS-Machtübernahme Gestapohaft und das KZ Dachau bis zum Frühjahr 1939 erleiden müssen. Im September ist er von der Gestapo neuerlich festgenommen worden und im November 1944 in das KZ Mauthausen gekommen. Gestapohaft und U-Haft im LG I in Wien folgten und ein fliegender Senat des Volksgerichtshofes verurteilt ihn wegen Hochverrats zum Tode. Der Zusammenbruch des NS-Regimes hat die Hinrichtung in letzter Stunde noch verhindert. Beim Wiederaufbau Österreichs nach 1945 wirkt er als ÖVP-Generalsekretär und Unterrichtsminister maßgeblich und vorbildlich mit, 1953 wird er zum Präsidenten des Nationalrates gewählt. Mit unserer ÖVP-K ist er als Ehrenmitglied sehr verbunden gewesen. **Hans LEINKAUF**, gestorben am 5. Dezember 1974, hat unbeeugsam für Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit im Untergrund gekämpft und ab dem 29. Mai 1943 Polizeigefängnis, Gerichtshaft und das KZ Gollersdorf bis zur Befreiung Österreichs ertragen müssen. Als Leiter der „Volksolidarität“ nach 1945, langjähriger LandesparteiSekretär der Wiener ÖVP und Wiener Gemeinderat und Abgeordneter zum Landtag seit 1964 ist er im öffentlichen und politischen Leben eine hervorragende Persönlichkeit gewesen. Die ehemals politisch Verfolgten aller Richtungen haben bei LEINKAUF immer auf Rat und Hilfe rechnen können. Den Wiener Landesverband der

ÖVP-K hat er seit der Gründung 1948 mit höchstem persönlichem Einsatz geleitet und ab 1963 auch das Amt des Bundesobmannes dazu ausgeübt. Seine Verdienste um die ÖVP-K sind nicht meßbar und uns allen unvergeßlich!

## JUBILARE

In diesen Wochen feiern bzw. feierten folgende Kameradinnen und Kameraden „runde Geburtstage“. Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und die Redaktion des FREIHEITSKÄMPFERS gratulieren herzlichst:

### Landesverband Wien

70 Jahre: Huber Josefine (19. 4.)

Huth Charlotte (13. 3.)

75 Jahre: Krim, Oberst i. R. Sprung Ernst (17. 3.)

## UNSERE TOTEN

### Landesverband Kärnten:

Am 16. 12. 1963 starb in Klagenfurt Kam. WHR i. R. Mag. Ludwig TRAUNER

### Landesverband Niederösterreich:

Am 8. 12. 1963 starb im 85. Lebensjahr Landesobmann WHR Dr. Ludwig MOHR

Am 31. 1. 1964 starb in Wien WHR Dr. Franz BAUMGARTNER im 76. Lebensjahr.

Am 13. 2. 1964 verstarb in Mödling/NÖ. Kam. Leopold WALLNER, Oberinsp. d. nö. Straßenverwaltung i. R., im 80. Lebensjahr.

### Landesverband Oberösterreich:

Am 6. 1. 1964 starb in Altenfelden Konsist.-Rat Hermann KAGERER, Pfarrer i. R., im 83. Lebensjahr.

In Ebensee verstarb am 8. 2. 1964 Kam. Pol.-Bez.-Insp. i. R. Josef MOSER im 81. Lebensjahr.

### Landesverband Vorarlberg:

Im Dezember 1963 starb in Lustenau Frau Kathi WAIBELSCHEFFKNECHT im 76. Lebensjahr.

### Landesverband Wien:

Am 7. 2. 1964 starb in Wien das Gründungsmitglied Minister a. D. NRBg. a. D. Erwin ALTENBURGER im 81. Lebensjahr.

Am 8. 1. 1964 starb in Wien Kam. Frieda KRAUS im 93. Lebensjahr.

80 Jahre: Prof. Dipl.-Ing. Hurdos Franz (4. 2.)  
Pollak Willy (23. 4.)  
Werner Adolf (3. 4.)

85 Jahre: Hofrat Dr. Landa Wilhelm (6. 4.)  
OARL R. Martinek Leopold (6. 3.)

### Landesverband Burgenland

75 Jahre: Alt-Landeshauptmann Prof. Reg.-Rat Lentsch Josef (24. 2.)

## IMPRESSUM UND OFFENLEGUNG:

Medieninhaber (Verleger) und

Herausgeber:

Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten

Redaktion:

Mag. Dr. Josef Windisch

Verlags- und Erscheinungsort:

Wien

Sitz der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten (Medieninhaber und Herausgeber), der Redaktion und Verwaltung: Laudongasse 16, 1080 Wien

Hersteller:

Typographische Anstalt J. Kure, Ges. m. b. H., Witzelsberggasse 26—28, 1152 Wien  
Offenlegung gemäß Mediengesetz 1. 1. 1982:

§ 25 (2):

ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Kuratorium, Laudongasse 16, 1080 Wien

Kuratoriumsbeirat:

Reg.-Rat Franz Pernauer (Bundesobmann)

Bds.-Rat Eduard Pumpenig

Ing. Karl Serschen

Franz Forster

Unternehmensgegenstand: Interessensvertretung der Opfer des Nationalsozialismus und ihrer Hinterbliebenen sowie der österr. Widerstandskämpfer

§ 25 (4):

DER FREIHEITSKÄMPFER ist ein Organ der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten. Die Blattlinie entspricht den Grundsätzen, die im Statut der ÖVP-Kameradschaft verankert sind.

(BM f. i. Zl. 92/6421—III/676)

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt: Vizekanzler a. D. Dr. Fritz Bock, Dir. Franz Hauf, Camillo Heger, Richter Dr. Josef Keckels, Regierungsrat Franz Pernauer, Oberschulrat Anton Sattler, Ing. Karl Serschen, WHR i. R. Dr. Carl Sweeney, Hanna Teitscher, Mag. Dr. Josef Windisch.